

Volksrechte stärken!

Démocrate  Suisse
Pages 13–14



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
Bern

Am 17. Juni 2012 stimmen wir über die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» ab. Dabei geht es primär um einen sinnvollen Ausbau der Demokratie in der Aussenpolitik. Die Initiative wurde von der überparteilichen «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) lanciert und von uns Schweizer Demokraten (SD) im Sammelstadium tatkräftig unterstützt. Warum?

Aussenpolitik ist zunehmend Innenpolitik. Täglich werden internationale Verträge abgeschlossen. Viele regeln Dinge, die der Souveränität der Schweiz keinen Schaden zufügen. Aber die forcierte «bilaterale» Integration der Schweiz in die EU und der internationale Drang, mög-

lichst viel, kaum demokratisch legitimiertes Völkerrecht zu schaffen, beeinflusst direkt unseren Alltag. Die EU will von uns die automatische Übernahme von neuem EU-Recht und die Unterwerfung unter die EU-Gerichte. Kolonialisierung droht die erfolgreiche direkte Demokratie abzuwürgen. Die EU-Grössen begreifen nicht: Das Schweizer Volk ist die höchste politische Instanz, ausgestattet mit politischer Mitbestimmung.

Was will die Initiative?

Die Staatsvertragsinitiative will, dass wichtige internationale Verträge zwingend Volk und Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden (obligatorisches Referendum). Wichtige Verträge müssen zur Abstimmung kommen, wenn ein Vertrag die Schweiz zwingt,

- fremdes Recht und neues, noch nicht bekanntes Recht in wichtigen Fragen zu übernehmen,
- sich fremden Gerichten zu unterstellen,
- Ausgaben von einmalig 1 Milliarde Franken oder wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken ins Ausland zu leisten.

Der Initiativtext im Wortlaut:

Eidgenössische Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»



Die aktuellen Steuerabkommen hebeln die hiesigen Volksrechte aus. Eine Annahme der Initiative bewahrt die Unabhängigkeit des Rechtsstaats!

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert

Art. 140 Abs. 1 Bst. d (neu)

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

d. die völkerrechtlichen Verträge, die:

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen,
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtssetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen,
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen,

4. neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.

«Wenn es nicht im Interesse der Schweiz ist, dann wird es auch nicht gemacht.» Dieses Bekenntnis von Bundesrat und Aussenminister Didier Burkhalter deckt sich mit der Überzeugung von uns

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Nur SD-Initiative ist Befreiungsschlag!
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Europa – auf dem Weg in eine oligarchische Staatsform!
- 7 Asylchaos stoppen!
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Vom SD-Gastredner zum FDP-Parteipräsidenten
- 15 Leserbriefe



Grosserfolg der Schweizer Demokraten (SD) im Kanton Aargau.

Volksinitiative «Ja für Mundart im Kindergarten»
kommt zustande! Mehr dazu auf Seite 9

Volksrechte stärken!*Fortsetzung von Seite 1*

Schweizer Demokraten (SD). Deshalb haben wir auch als einzige Partei die Initiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» im Sammelstadium vollumfänglich und tatkräftig unterstützt.

Staatsverträge dem Volk unterstellen

In der Botschaft vom 1.10.2010 steht: «Der Bundesrat anerkennt das Bedürfnis nach einer verbesserten direkt-demokratischen Mitgestaltung der Aussenpolitik.» Die Initiative «Staatsverträge vors Volk» macht nichts anderes, als diese Aussage zu festigen. Denn warum sollten Staatsverträge und z.B. deren Kostenfolgen nicht der bewährten Beurteilung durch den Souverän (obligatorisches Referendum, Volk und Stände) unterstellt werden?

Beispiel EWR: Der Bundesrat war gegen eine Volksabstimmung. Doch dann befürwortete er den Urnengang. Weil «...sachliche oder politische Gründe dafür sprechen». **Am 6. Dezember 1992 verhinderten Volk und Stände den Beitritt zum EWR, was für EU-Befürworter ein wichtiger erster EU-Integrationsschritt hätte werden sollen.** Damit haben also Volk und Kantone die Beteiligung am EU/Euro-Debakel verhindert. Seither wird die Schweiz immer direkter mit neuen Begehren konfrontiert: Sie soll sich der EU-Ge-

richtbarkeit unterwerfen; sie soll nur über Initiativen abstimmen, die nicht dem Völkerrecht widersprechen; sie soll weltweit mitbezahlen, aber zuhause nicht mitreden.

Die schweizerische Hierarchie der Gewalten wieder herzustellen – oben das Volk (Souverän), danach die Bundesversammlung und an dritter Stelle der Bundesrat – das ist das Anliegen der Initiative «Staatsverträge vors Volk». Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind nicht die besseren und nicht die schlechteren Menschen als ihre Nachbarn. Aber sie sind die aktiveren Staatsbürger, weil sie regelmässig an der Urne über politische Fragen abstimmen dürfen.

Es ist ein Vorteil, wenn dieses System der direkten Demokratie auf die Aussenpolitik ausgedehnt und internationale Verträge automatisch an die Urne gebracht werden.

Die Erfahrung zeigt, dass Politiker nicht bessere Entscheide als die Gesamtheit der Bevölkerung treffen.

Mit einem JA zu «Staatsverträge vors Volk» wird die aussenpolitische Glaubwürdigkeit der Schweizer Politiker/-innen gestärkt. Nur wer das Stimmvolk hinter sich weiss, kann im Interesse der Schweiz handeln.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» anzunehmen.

Warum JA? – Weil...

- ... Aussenpolitik immer mehr Innenpolitik und Lebensalltag beeinflusst. Nicht nur mitbezahlen bei aussenpolitischen Folgen, sondern auch mitreden, heisst das Ziel der Initiative.
- ... das Schweizer Stimmvolk sehr wohl auch «komplexe Zusammenhänge» beurteilen kann; dies vielleicht sogar besser als Beamte und Politiker in Bundesbern.
- ... das Schweizer Stimmvolk sehr wohl Staatsverträge beurteilen kann und, entgegen anderen Behauptungen, wirtschaftsfreundlich abstimmt (Beispiel «6 Wochen Ferien»).
- ... immer mehr Staatsverträge das Volk und die Kantone etwas angehen. Mit dem bisherigen fakultativen Referendum haben die Kantone zu Staatsverträgen nichts zu sagen. **Wenn die Kantone z.B. bei Schengen/Dublin hätten mitreden dürfen, hätte die Schweiz heute ein paar Probleme weniger.**
- ... die Kosten des einen (1) erwarteten zusätzlichen Abstimmungswochenendes je nachdem ein Vielfaches an geforderten Auslandszahlungen verhindern. Ein Abstimmungssonntag könnte öfters zu einem **good deal** werden.
- ... je direkter eine Demokratie ist, desto besser und stabiler es diesem Land geht. Man schaue sich nur kurz in den EU-Ländern um.
- ... immer mehr EU-Technokraten in der Schweiz mitreden wollen. Leider geschieht dies mit Einverständnis vieler Beamten und «Volksvertretern» aus Bundesbern. Stichworte EU-Recht, EU-Gerichte, Geldforderungen IWF. Wer JA stimmt, hält diesen Tendenzen entgegen.
- ... jede EU-Regelung, die der Schweiz von aussen aufgedrückt wird, ein Teil des schleichenden Beitritts in die EU selber ist. Bundesbern freut sich schon, irgendwann einmal sagen zu «müssen»: «Wir sind eh schon drin. Es braucht nur noch die letzte Unterschrift. Und die EU-Kontonummern, um unser Geld nach Brüssel zu verschenken. Wer will welches Büro in Brüssel?»
- ... sich die Schweiz für kommende wichtige auch aussenpolitische Fragen fit machen muss: Energie, Wasser, Landwirtschaft, Verkehr, Schutz der Alpen, noch mehr Personenfreizügigkeit, Asylpolitik, Sicherheit, internationale Armeeeinsätze, Geldforderungen ohne Ende. Es betrifft Volk und Stände. Also sollen Volk und Stände auch mitreden.
- ... in der Schweiz eine Hierarchie der Gewalten herrscht, die mit der Initiative wieder gefestigt wird: Oben das Volk, danach die Bundesversammlung, an dritter Stelle der Bundesrat.
- ... Bundesbern nur dann wirklich glaubwürdig Staatsverträge aushandeln kann, wenn es das Volk hinter sich weiss.

Nur SD-Initiative ist Befreiungsschlag!

«Ceterum censeo, immigrationem in Helvetiam esse terminandam», aus dem Lateinischen übersetzt: «Im Übrigen bin ich der Ansicht, die Einwanderung in die Schweiz müsse beendet werden», angelehnt an den weltberühmten Spruch von Marcus Cato genannt der Ältere, altrömischer «Consul», der alle seine Reden vor dem Senat mit folgendem Spruch beendete: «Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam». Die Bevölkerungszahl der Schweiz nimmt zurzeit rasant zu, so schnell wie früher noch nie! Auf die Einwanderung aus der EU, die wegen des diesbezüglichen freien Personenverkehrs und der relativ niedrigen Schweizer Arbeitslosenziffer angeschwollen ist, pflöpft sich ein Asylantenzustrom aus der ganzen Welt auf. Dabei stimmen die offiziellen Statistiken längst nicht mehr. **Bereits leben rund 9 Millionen Menschen in der**

Schweiz. Die illegalen Einwanderer oder «Sans-Papiers», die Asylbewerber, die man (angeblich) nicht mehr in ihre Herkunftsländer ausweisen kann und die Grenzgänger, die praktisch während der ganzen Woche in der Schweiz leben, muss man eben auch mitzählen.

SD-Volksinitiative «für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Für den Landschaftsschutz und überhaupt den Schutz der schweizerischen Umwelt vor schädlichen Immissionen ist das verheerend! Beide Ströme fliessen zusammen. Bald wird die Schweiz, wenn es so weiter geht, nur noch aus einem einzigen Häusermeer bestehen. Gleichzeitig verläuft leider die Unterschriftensammlung für das eidgenössische Volksbegehren «für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung» der Schweizer Demokraten (SD) eher harzig. Falls dies aus



Die sogenannten flankierenden Massnahmen waren bisher weitestgehend nutzlos. Warum halten insbesondere Gewerkschaftskreise weiterhin an der Personenfreizügigkeit fest?

dem Grunde geschieht, dass noch zwei andere einwanderungshemmende Volksbegehren hängig sind, wobei sogar die SP neuerdings auf diesen Zug aufspringen möchte, sei vermerkt, dass **nur die Initiative der SD einen wirklichen Befrei-**

ungsschlag darstellt. Die beiden anderen Initiativen sind zwar besser als nichts und gut gemeint, aber gut gemeint ist eben zu wenig!

Fortsetzung Seite 3

Brief einer jungen oberösterreichischen Lehrerin

Wenn wir in Österreich nicht mehr «Grüss Gott» sagen dürfen, gibt es nur eine Alternative: Wem dieses «Grüss Gott» nicht gefällt, der muss es ja nicht sagen, aber wen es stört, dass Österreicher untereinander «Grüss Gott» sagen, der hat das Recht, Österreich zu verlassen und sich in einem anderen Land niederzulassen! Schön langsam sollten auch wir in Österreich wach werden! Zu Schulbeginn wurden in Linzer Schulen die Kinder von ihren Klassenlehrerinnen informiert, wie man sich in der Gesellschaft zu verhalten hätte. Grüßen, Bitte und Danke sagen, einfach höflich und freundlich sein. **Des Weiteren wurde ihnen aber auch mitgeteilt, dass das bei uns in Oberösterreich so vertraute «Grüss Gott» nicht mehr verwendet werden darf, da das die muslimischen Mitschüler beleidigen könnte.** Dazu kann man als Otto Normalbürger eigentlich nichts mehr anfügen und nur mehr den Kopf schütteln. Ich kann es gar nicht glauben. Es ist aber wahr. Ihr könnt Euch gerne in Linz in den Volksschulen erkundigen.

Einwanderer und nicht die Österreicher sollen sich anpassen! Ich bin es leid, zu erleben, wie diese Nation sich Gedanken darüber macht, ob wir irgendein Individuum oder seine Kultur beleidigen könnten. Die Mehrheit der Österreicher steht patriotisch zu unserem Land. Aber immer und überall hört man Stimmen angeblich «politisch korrekter» Kreise, die befürchten, unser Patriotismus könnte andere beleidigen. Verstehst das bitte nicht falsch, ich bin keineswegs gegen Einwanderung;

die meisten Einwanderer kamen nach Österreich, weil sie sich hier ein besseres Leben erhofften. Es gibt aber ein paar Dinge, die sich Neuankömmlinge und offenbar auch hier Geborene unbedingt hinter die Ohren schreiben sollten.

Die Idee von Österreich als multikulturelle Gemeinschaft hat bisher nur eine ziemliche Verwässerung unserer Souveränität und unserer nationalen Identität erzeugt. Als Österreicher haben wir unsere eigene Kultur, unsere eigene Gesellschaftsordnung, unsere eigene Sprache und unseren eigenen Lebensstil. Diese Kultur hat sich während Jahrhunderten aus Kämpfen, Versuchen und Siegen von Millionen Männern und Frauen, die Freiheit suchten, entwickelt. Wir sprechen hier Deutsch, nicht Türkisch, Spanisch, Libanesisch, Arabisch, Chinesisch, Japanisch, Russisch, oder irgendeine andere Sprache. Wenn Sie also Teil unserer Gesellschaft werden wollen, dann lernen Sie gefälligst die deutsche Sprache!

«Im Namen Gottes» ist unser nationales Motto. Das ist nicht irgendein politischer Slogan der rechten Parteien. Wir haben dieses Motto angenommen, weil christliche Männer und Frauen diesen Staat nach christlichen Prinzipien gegründet und entwickelt haben. Es ist also auch nicht abwegig, dies an den Wänden unserer Schulen mit einem Kreuz zu manifestieren.

Wenn Sie sich durch Gott beleidigt fühlen, dann schlage ich vor, Sie



Muslimen in Europa – Parallelgesellschaften mit Konfliktpotenzial sind kaum zu vermeiden.

wählen für Ihren neuen Wohnsitz einen anderen Ort auf der Welt, denn Gott ist nun mal Teil unserer österreichischen Kultur. Wenn Sie das Kreuz in der Schule empört oder wenn Ihnen der christliche Glaube nicht gefällt oder wenn Sie nicht bereit sind, die in Österreich geltenden Gesetze einzuhalten, dann sollten Sie ernsthaft erwägen, in einen anderen Teil dieses Planeten zu ziehen, er ist gross genug. Wir sind hier glücklich und zufrieden mit unserer Kultur und haben nicht den geringsten Wunsch, uns gross zu verändern. **Es ist uns auch völlig egal, wie die Dinge dort liefen, wo Sie herkamen. Dies ist unser Staat, unser Land und unsere Lebensart, und wir gönnen Ihnen gerne jede Möglichkeit, dies alles und unseren Wohlstand mit uns zu geniessen.**

Aber wenn Sie nichts anderes tun, als reklamieren, stöhnen und schimpfen über unsere Fahne, unser Gelöbnis, unser nationales Motto oder unseren Lebensstil, dann möchte ich Sie ganz dringend ermutigen, von einer anderen grossartigen österreichischen Freiheit Gebrauch zu machen, nämlich vom Recht uns zu verlassen, wenn es Ihnen nicht passt!

Wenn Sie hier nicht glücklich sind, so wie es ist, dann hauen Sie ab! Wir haben Sie nicht gezwungen, herzukommen. **Sie haben uns darum gebeten, hier bleiben zu dürfen. Also akzeptieren Sie gefälligst das Land, das SIE akzeptiert hat.** Eigentlich ganz einfach, wenn Sie darüber nachdenken, oder?

Nur SD-Initiative ist Befreiungsschlag! Fortsetzung von Seite 2

Die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» der SVP

Das Volksbegehren der SVP hat man eingereicht und aufgrund der Anzahl gültiger Unterschriften ist es auch schon gültig erklärt worden.

Die Initiative der SVP stellt aber nur den freien Personenverkehr in Frage. Auch nach einer eventuellen Annahme durch das Volk wären Zuwanderungskontingente, welche «die Wirtschaft» angeblich zwingend brauche, möglich.

Man weiss aus der Vergangenheit, was das für Folgen hat: Damit würde die Bevölkerung der Schweiz weiter anwachsen.

Dies sollte aber dringend vermieden werden, weil die Schweiz jetzt schon überbevölkert ist. Ausserdem «arbeiten» Journalisten bereits daran, dass die SVP ihr Volksbegehren zurückzieht. Im Zürcher Tages-Anzeiger ist beispielsweise schon ein längerer Artikel erschienen, der diesen Ausgang ventiliert. Da die Partei nebst dem national-konservativen Teil auch über einen neoliberalen, wirtschaftsfreundlichen Flügel verfügt, ist diese Spekulation nicht einmal so unrealistisch.

Die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung» von Ecopop

Zur Ecopop-Initiative ist zu sagen, es stehe in unserer Verfassung, dass ein Volksbegehren nur ein politisches Thema umfassen dürfe («Einheit der Materie», Art. 139 Abs. 39). Es besteht also die grosse Gefahr, dass die Ecopop-Initiative nach Abgabe der Unterschriften ungültig erklärt wird, denn das Anliegen greift zwei Fragen auf einmal auf (Einwanderungszahl sowie Geburtenziffer der Eingeborenen und bereits Eingewanderten). Selbstverständlich ist die Ungültigkeitserklärung nicht zu erhoffen, aber die Initianten haben dies

nicht in der Hand. Ausserdem nimmt die Initiative in Kauf, dass die Schweizer Eingeborenen aussterben und durch lauter Einwanderer verdrängt werden. **Nur das Volksbegehren der Schweizer Demokraten ist niet- und nagelfest. Es richtet sich auch gegen die verheerenden Abkommen von Schengen und Dublin!** Die Sammlung der Unterschriften ist deshalb dringlich! Niemand, der den führenden Mitgliedern der grössten Schweizer Parteien an der kürzlich ausgestrahlten Arena-Diskussion am Fernsehen zugehört hat, zweifelt daran!

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf

Opferschutz statt Täterschutz – Abschreckung durch härtere Strafmassnahmen!



Armee und Umweltschutz

Die Ausgangslage ist klar: Unter dem Titel «Umweltschutz wird im VBS täglich gelebt» wird klar definiert, dass Departement und Armee, beide modern und effizient, ökologisch leistungsfähig sind und ihre Umweltverantwortung professionell wahrnehmen. Ende 2004 wurde das neue Leitbild «Raumordnung + Umwelt» verabschiedet. Um die Leistungen stets zu verbessern und die Ziele zu erreichen, unterstützt ein breites Netzwerk an Umweltverantwortlichen und 14 Kompetenzzentren die Führung.

Denn: Was nützen umfangreiche Vorschriften, durchdachte Organigramme oder der unermüdliche Einsatz der Spezialisten, wenn nicht die Binsenwahrheit, dass der



Umweltschutz bei jedem Einzelnen beginnt, stimmt. Für die grosse Mehrheit von uns trifft dies absolut zu, Umweltschutz ist uns in Fleisch und Blut übergegangen, gehört für uns zum Alltag. Aber Stillstand ist Rückschritt und wir wollen ja unsere Umweltleistung ständig verbessern.

Daniel Laroche (Aus: Intra)

Unnötige Medikamentenprüfungen

Im Jahr 2010 wurden in der Schweiz 7913 Kaninchen als Versuchstiere eingesetzt, knapp die Hälfte davon in der Industrie. Hier werden sie z.B. bei der Sicherheitsprüfung von Medikamenten eingesetzt – einer der wichtigsten ist der sogenannte Pyrogentest. Bei der Herstellung von Medikamenten kann es zu Verunreinigungen kommen, die sich später am Patienten ungünstig und in sehr seltenen Fällen auch lebensbedrohlich auswirken können. Um dies zu verhindern, bekommen die Kaninchen eine Probe des betreffenden Medikamentes in die Ohrvene gespritzt und die Reaktion des Tieres wird über drei Stunden beobachtet. Dazu bekommen die Kaninchen ein Thermometer eingeführt und werden rigoros fixiert, für das Fluchttier Kaninchen sicher sehr belastend. Da alle Medikamente,



die gespritzt werden, so getestet werden müssen, ist der Bedarf an Kaninchen gewaltig: geschätzte 200'000 pro Jahr allein in Europa. Seit 2010 existiert eine validierte Alternativmethode – der IPT (In vitro Pyrogentest).

Aus: Animalfree Research

AKW-Ausstieg ohne Flusslandschaftszerstörung

Bereits wurden Forderungen laut und parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche massive Abstriche beim Natur- und Landschaftsschutz verlangen. Landschaften von nationaler Bedeutung wie die Greina-Hochebene, Balt-schiedertal, Laggintal, Binntal und sogar das Aletschgebiet sollen der Wasserkraft geopfert werden. Und

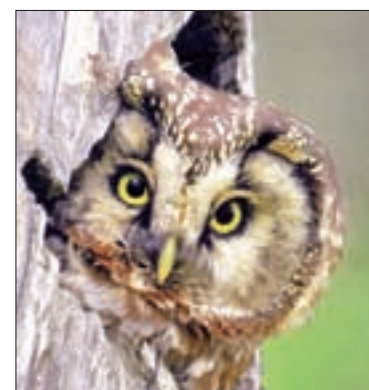
das im Tourismusland Schweiz! Ausserdem liegen Pläne bereit, um über 300 noch unberührte Flüsse und Bäche durch neue Kleinwasserkraftwerke zu verbauen. Für solch naturschädigende Stromgewinnung stellt der Bund jährlich gut 240 Mio. Franken Förderbeiträge zur Verfügung.

Greina News

Biodiversitätsverlust

In der Schweiz sind bisher für 27 Tier-, Pflanzen und Pilzgruppen Rote Listen erstellt worden. Das Bundesamt für Umwelt hat nun eine Synthese dieser Listen erstellt und eine Lagebeurteilung für rund 10'000 der 46'000 bekannten, in der Schweiz vorkommenden Arten vorgenommen. Demnach sind 36 Prozent der untersuchten Arten gefährdet.

Drei Prozent gelten als in der Schweiz ausgestorben – etwa ein Pflänzchen namens Bodensee-Steinbrech oder ein Singvogel namens Orpheusgrasmücke. Fünf Prozent der Arten sind vom Aussterben bedroht, darunter der Vogel Rotkopfwürger und der Fisch



Steinkauz (Bild SVS Schweiz)

Apron. 11 Prozent gelten als stark gefährdet, 17 Prozent als «verletzlich».

(SVA)

Neue Rauschgiftproblematik

Wenn früher hauptsächlich von Cannabis, Heroin, Kokain, LSD und Ecstasy die Rede war, so tauchten im Verlauf des letzten Jahrzehnts immer neue Formen von künstlich hergestellten, chemischen Drogen auf. Diese fallen unter den Überbegriff «Designerdrogen», und heissen zum Beispiel Thaipillen, Crystal, MDMA, GHB und GBL (sog. K.-o.-Tropfen), Spice, Mephedron. Deren Konsum kann schwere körperliche und seelische Schädigungen nach sich ziehen. In illegalen Labors, an verschiedenen Orten der Welt, werden durch minimale Veränderungen in der Molekularstruktur dieser Substanzen ständig neue Drogen geschaffen, die meist über Internet verkauft werden. Seit einigen Jahren sind wir immer wieder mit unerklärlichen Unfällen, gewalttätigen

Übergriffen und kaum vorstellbaren Gewalttaten konfrontiert. Gemäss Polizeiaussagen geschehen solche Taten meist unter dem Einfluss dieser neuartigen chemischen Rauschgifte.

Zur besseren Kontrolle dieser Stoffe, hat der Bund letztes Jahr in einer neuen Betäubungsmittelverordnung eine Verbotsliste («Verzeichnis e») geschaffen, in der diese Art chemischer Rauschgifte eingetragen werden, was zur Folge hat, dass sie danach nicht mehr legal verkauft werden dürfen. Um jedoch dieses Problem wirklich einschränken zu können, braucht es das Zusammenspiel und den ernsthaften Einsatz möglichst vieler verantwortungsvoller Gruppen in der Gesellschaft.

Jugend ohne Drogen

**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau. Jetzt Unterschriften sammeln!**

Alpentransitbörse

Mit der Alpentransitbörse können die Güter von der Strasse auf die Schiene verlagert und die Alpen geschützt werden. Das weiss auch der Bundesrat, doch er umgeht seinen Auftrag – obwohl alles für die Verlagerung spricht.

(tob.) Der Bundesrat ist nicht so einsam in Europa, wie er es darstellt. Die Alpenregionen in Österreich, Frankreich und Italien fordern gleich wie die Kantone Tessin und Uri eine Alpentransitbörse. Sie wissen, dass ihnen nur griffige Massnahmen dauerhaft Entlastung bringen. Ohne neue Massnahmen aber wird der Transitverkehr auf der Strasse weiter zunehmen – mit



fatalen Folgen für die Gesundheit der Menschen, für die ökologisch sensible Bergnatur, für die Sicherheit auf den Strassen, schliesslich auch für den Verkehrsfluss.

(Aus: echo)

Mitleid mit geschundenen Nutztieren?

Das Schwein ist intelligent, sinnlich, neugierig, spiel- und bewegungsfreudig, sauber und liegt nicht freiwillig in seinem Kot. Schweine halten ihren Schlafplatz sauber und koten nicht ins Nest. In der vom Bundesrat erlaubten industriellen, einstreulosen Intensivhaltung (weniger als ein Quadratmeter Stallfläche pro Tier) sind die Tiere gezwungen, auf dem nackten Zementboden an der gleichen Stelle, wo sie schlafen und fressen müssen, auch zu koten und zu liegen – mit dem geruchsempfindlichen Rüssel (Trüffel-Schweine!) di-

rekt in ihrem Kot. Die völlig untaugliche Tierschutzverordnung des nicht vom Volk, sondern vom parlamentarischen Parteiklüngel gewählten Bundesrates erlaubt solche lebenslängliche qualvolle Intensivtierhaltung, ohne Auslauf ins Freie. Das vom Volk mit grossem Mehr gutgeheissene Tierschutzgesetz verlangt den Schutz des Wohlbefindens der Tiere. Der Bundesrat missachtet diese gesetzliche Vorschrift ungestraft und erlaubt KZ-artige Tierfabriken.

(Aus: VgT-Nachrichten)

Mehr Graswirtschaft!

Die Schweiz ist wie gemacht für die Rindviehhaltung. Reichliche und gleichmässig übers Jahr verteilte Niederschläge sowie tiefgründige Böden lassen die Wiesen so üppig grünen, wie sonst fast nirgends in Europa. Namentlich im Hügelland und in den Voralpen, wo der Ackerbau eher ungünstige Bedingungen findet, ist die Milchkühhaltung auf natürlicher Futtergrundlage die ressourceneffizienteste Form der Landwirtschaft. Die Wiederkäuer verwandeln für Menschen unverdauliches, bei uns bestens gedeihendes Gras in ein hochwertiges Nahrungsmittel.

Indessen hat sich die Milchproduktion in letzter Zeit von der Wiesen- und Weidewirtschaft teilweise abgekoppelt. Damit eine Hochleistungskuh jährlich ihre 10'000 oder

mehr Kilogramm Milch liefern kann, braucht sie zusätzlich viel Kraftfutter. Zum Beispiel Soja: Die Schweiz importiert heute 10-mal mehr Soja als 1990. Schätzungsweise 41 Prozent davon werden an Rinder verfüttert, hauptsächlich an Milchkühe.

Das Problem dabei sind nicht nur die keineswegs nachhaltigen Anbaumethoden für Soja, das oft auf kahl geschlagenen Regenwaldböden wächst. Kraftfutteranbau beansprucht zunehmend Ackerflächen, die genutzt werden könnten, um pflanzliche Nahrung für den Menschen anzubauen. Schweizer Milch wieder vermehrt auf Grasbasis zu produzieren, gebietet sich somit auch aus ethischen Gründen.

Hansjakob Baumgartner
(Aus: Umwelt BAFU Nr. 1/2012)



Weg von Neudorf

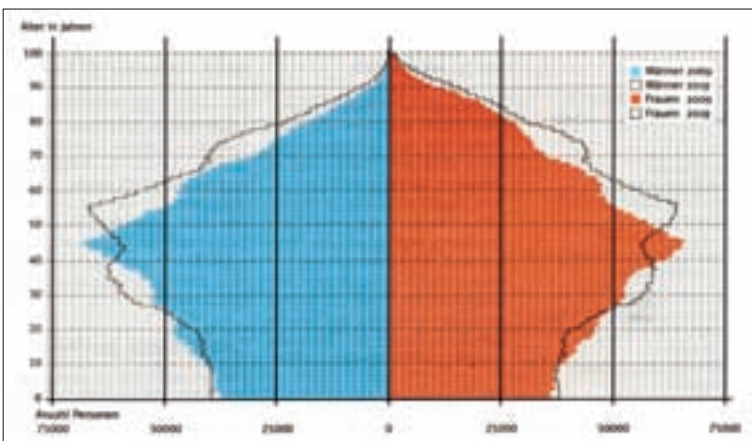
Bringt eine Erweiterung der Bauzonen unter dem Strich tatsächlich mehr Geld in die Gemeindekasse? Die Konkurrenz der Gemeinden auf der Suche nach neuen Steuerzahlern ist eine wichtige Ursache für diesen Prozess. Ein populäres Mittel zum Füllen der Gemeindekassen ist die Ansiedlung neuer, guter Steuerzahler. Aber wie gut funktioniert dies im Einzelfall wirklich? Wie realistisch ist eine solche Entwicklung für eine konkrete Gemeinde? Wie hoch sind die erwarteten Steuereinnahmen? Wie hoch die Folgekosten für den Bau und Unterhalt von neuen Strassen, Ver- und Entsorgungsleitungen sowie für Schulen und Altenbetreuung? In den meisten Fällen werden diese Fragen nicht vor der Einzonung neuer Baugebiete beantwor-

tet. Wachstum allein bringt einer Gemeinde keine Qualitätssteigerung. Und wenn man die Folgekosten einrechnet, lohnt es sich in vielen Fällen nicht, auf Teufel komm raus gute Steuerzahler anzulocken. Einfach neues Bauland oder Villengebiete einzuzonen, bietet keine Garantie für «gute» Steuerzahler.

Die Bildungskosten sind der höchste Ausgabenbereich. Ein neu gebautes Quartier mit einem hohen Familienanteil kann zu einer grossen Belastung werden. Je nachdem braucht es ein neues Schulhaus. Vergleichsweise geringer fallen etwa die Kosten für Strassenerschliessung oder Entsorgung aus.

Jan Gürke, Moritz Wandeler
(Aus: Pro Natura)

Völlig verzerrter Altersaufbau



Viel zu wenig Kinder, massive Ausweitung der 20- bis 55-Jährigen, Ergebnis der Einwanderung und einer falschen Familienpolitik der Schweiz.

Quelle: Bundesamt für Statistik

Jetzt Atomausstieg umsetzen – aber ohne Gaskraftwerke!

Europa – auf dem Weg in eine oligarchische Staatsform!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Der 92-jährige Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt arbeitet als Geburtshelfer für die Oligarchen-Clique – sei es im Rahmen der «Frankfurter-Gruppe» oder beim SP-Parteitag vom 4.12.2011 in Berlin. In seiner einstündigen Grundsatzrede verabschiedete er sich von allen demokratischen Grundprinzipien und verkündete den **alternativlosen** (laut Angela Merkel) Weg der politischen Mega-Organisation Europa zur Sicherung der Macht in einer Welt mit drei Machtzentren. Die drohende erneute Aufspaltung mit nur zwei Machtzentren (USA und China) schien ihm so gewiss und bedrohlich, dass jede andere Überlegung draussen vor blieb. **Keinen Gedanken mochte er an die Ideologie der selbstständigen Nationen, den Willen der Völker verschwenden. Das, was vor 70 Jahren General de Gaulle vorlebte und mit welcher Grundhaltung Frankreich damals unter schwierigsten Verhältnissen seine Selbständigkeit und Würde wieder fand, schien ihm nicht erwähnenswert.**

Der **19. Oktober 2011** steht unter dem Titel «**Groupe de Francfort**» (GdF) für den Start in ein oligarchisches System in Europa. Zu dieser Gruppe gehören

- Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin;
- Nicolas Sarkozy, französischer Staatpräsident;
- Mario Draghi, der neue Chef der europäischen Zentralbank (EZB);
- Christine Lagarde, die Nachfolgerin von Strauss-Kahn als Chefin des IWF;
- José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident;
- Jean-Claude Juncker, Ministerpräsident von Luxemburg und Vorsitzender der 17 Staaten umfassenden Euro-Gruppe;
- Herman Van Rompuy, EU-Ratspräsident;
- Olli Rehn, EU-Währungskommissar.

Diese Gruppe ist eine Fusion der EU-Hierarchie mit den Vertretern der Finanzwelt und nimmt sich die Freiheit heraus, die Mitgliedsländer zu massregeln und ihnen erniedrigende Massnahmen aufzuerlegen (Christine Lagarde!).

Diese Gruppe entschied, dass der frühere Funktionär der *Europäischen Zentralbank*, Lukas Papademos, in Griechenland neuer Ministerpräsident wurde. Und sie sorgte dafür, dass der *frühere EU-Kommissar für den Binnenmarkt*, Mario Monti, in Italien Nachfolger von Berlusconi wurde. **Diese beiden Herren wurden nicht etwa vom betroffenen Volke oder seinen Abgeordneten gewählt, sie wurden von der GdF eingesetzt.**

Damit wurde ein Machtapparat geschaffen, womit die Fäden der Macht von einer Handvoll Menschen gezogen werden können, ohne dass lästige Volksabstimmungen mit schwer voraussehbaren Ergebnissen nötig sind.

Im Namen der europäischen Einheit bestimmen jetzt 15 gleichgesinnte Menschen über die Zukunft von 500 Mio. Menschen. Die Bürgerschaft mit ihren Mitbestimmungsrechten wird schlicht übergangen.

Juncker sprach ganz offen von den «lästigen Wählern»; Angela Merkel will nicht, dass ihr irgendwelche Leute aus den Bergen in «ihre Suppe» spucken und dass der Alt-Kommunist Barroso wenig oder nichts von der Mitwirkung der Bevölkerung hält, versteht sich von selbst. **Gefangen im Teufelskreis** titelte die «NZZ am Sonntag» vom 4. Dezember 2011. Dort lesen wir (Zitat): *Seit bald 2 Jahren kämpfen die EU und insbesondere die 17 Euro-Staaten gegen ihre Schulden. Aber die Krise spitzt sich weiter zu. – Die Zeit drängt, weil der Druck der Märkte unerträglich wird. Nicht nur Schuldner – Sünder wie Griechenland, Portugal und Italien müssen sich zu immer höheren Kosten am Kapitalmarkt refinanzieren. Auch Länder wie Frankreich, Österreich und die Niederlande, deren Kreditwürdigkeit nach wie vor mit einem Triple-A, also mit der Bestnote, bewertet wird, müssen immer höhere Schuldzinsen bezahlen. Die Schuldenkrise ist längst von der Peripherie in den Kern der Währungsgemeinschaft vorgedrungen.*

Bis heute scheint keinem der oligarchischen Herrscher die Frage in den Sinn gekommen zu sein, ob die Krise wirklich ein schicksalhaftes Ereignis sei oder ob vielleicht doch Kräfte mit riesigen finanziellen Interessen und skrupellosen Charakteren hinter den Entwicklungen stehen. Ob nicht vielleicht das ganze Finanzsystem in Frage zu stellen sei? Freilich – Politiker, die diese Frage öffentlich zu stellen



Rette sich wer kann vor den Globalisten! Auf dem Bild der Tower des EU-Parlaments in Strasbourg.

wagten, sind ziemlich schnell von der Bildfläche verschwunden. – Oder stehen sie vielleicht im Solde der Hochfinanz?

Der Honorarprofessor an der Frankfurter School of Finance & Management, Thorsten Polleit, hat eine Reihe von Aufsätzen aus dem letzten Jahrzehnt in einem Buch veröffentlicht. Dieses trägt den Titel «**Der Fluch des Papiergeldes**» und ist sehr lesenswert. Einleitend zitiert er Ludwig von Mises, der im Zusammenhang mit der geldtheoretischen Seite des Stabilisierungsproblems schon 1923 geschrieben hat (Zitat): *«Man irrt daher sehr, wenn man meint, man könnte wieder zu geordneten Währungsverhältnissen gelangen, ohne dass sich in der Wirtschaftspolitik Wesentliches zu ändern brauchte. Was zunächst und in erster Linie nottut, ist die Abkehr von allen inflationistischen Irrlehren. Doch diese Abkehr kann nicht von Dauer sein, wenn sie nicht durch vollständige Loslösung des Denkens von allen imperialistischen, militaristischen, protektionistischen, etatistischen und sozialistischen Ideen fest begründet wird.»*

Und im August 2011 schrieb Prof. Polleit (Zitat):

Wohl kaum etwas schadet der freien Markt- und Gesellschaftsordnung und gefährdet die produktive und friedvolle Kooperation zwischen den Menschen national und international so sehr wie das staatlich beherrschte Papiergeldsystem. Das Papiergeldsystem ist ein Fremd- und Störfaktor im Gefüge freier Märkte, verursacht zwangsläufig Finanz- und Wirtschaftskrisen, sorgt für eine nicht marktgerechte Einkommensverteilung und wird, wenn nichts unternommen wird, in Hyperinflation und Kollaps der freien Wirtschaft enden.

Das 140 Seiten starke Büchlein ist voll von bemerkenswerten Aussagen. Nur drei von ihnen seien hier noch zitiert:

- **Die ständig weiter steigende Staatsverschuldung zeigt nämlich nichts anderes, als dass die heutige Generation hemmungslos auf Kosten der künftigen lebt.**
- **Das Bekämpfen von Finanz- und Wirtschaftskrisen, die verursacht wurden durch zu viel Kredit und Geld, bereitgestellt zu Niedrigzinsen von den Zentralbanken, mit immer mehr Kredit und Geld zu immer niedrigeren Zinsen, wird die Währungen früher oder später ruinieren.**
- **Der Gouverneur der chinesischen Zentralbank liess verlauten, dass der Dollar als Welt-Reservewährung abzulösen sei. Er äusserte ernste Zweifel an der Tauglichkeit der Papiergeldwährung. Den Chinesen schwebt eine mit ausgewählten Rohstoffen hinterlegte Währung als Lösung vor.**

Prof. Polleit meint zu diesem Ansinnen: «Wenn weiter versucht wird, die Kreditkrise, die durch zu viel Kredit und Geld verursacht wurde, mit noch mehr Kredit und Geld zu bekämpfen, wird der Schaden so gross werden, dass alle Reformalternativen betrachtet werden – einschliesslich der von der chinesischen Zentralbank ins Spiel gebrachten Reform!»

Qui vivra, verra!

Im Kampf um die Weltmacht wird der europäische Zentralismus zunehmend totalitärer. Zirka zwei bis drei führende Nationen versklaven ihre ursprünglichen Partner. Von faschistischen Tendenzen zu sprechen, ist durchaus nicht mehr übertrieben.

Wussten Sie...

...dass immer mehr technische Geräte, vom Auto bis zum Staubsauger, vom PC bis zum Handy, vom Kühlschrank bis zum Drucker, auf kurze Lebensdauer programmiert werden. Das belebt das Geschäft der Hersteller und der Reparaturdienste und spült den überschuldeten Staaten Milliarden von Dollars (Euros) via Mehrwertsteuer in die chronisch leeren Staatskassen. **Die Forderung nach sparsamem Verbrauch der Rohstoffe, die Idee der Kreislaufwirtschaft mit langer Lebensdauer der Konsumgüter wird glatt missachtet.**

...dass Scheich Abdulasis bin Abdullah, der oberste Mufti von Saudi-Arabien, mit einer «Fatwa» (Rechtsgutachten) zur Zerstörung aller christlichen Kirchen auf der arabischen Halbinsel aufgerufen hat. **Und das «Christliche Abendland» verbindet sich mit Saudi-Arabien, um die vergleichsweise toleranten Staaten Syrien und Iran zu zerstören.**

...dass der amerikanische Fernsehsender CNN seine Zuschauer schamlos belügt. Dieser Sender hat mehrfach Interviews mit dem Reporter Danny Abdul-Dayem aus der syrischen Stadt Homs gesendet. Dabei waren im Hintergrund angeblich schwere Gefechte zu hören. **Die Wahrheit: Danny Abdul-Dayem wies seine Helfer vor den**

Interviews an, während der Liveschaltung zum Sender Geräusche mit angeblichem «Gefechtslärm» abzuspielen. Alle Explosionen, Schreie und Schüsse kamen vom Tonband. Das erinnert stark an die angeblichen Verbrechen von Saddam Hussein Soldaten vor dem ersten Golfkrieg; damals wurden die «Zeugenaussagen» in Hollywood produziert. Gleichzeitig will man uns weismachen, dass die syrischen Regierungstruppen schwere Gefechte gegen einen nicht vorhandenen Gegner durchspielen und dabei wahllos auf die Zivilbevölkerung schiessen.

...dass das verarmte Griechenland keineswegs so arm ist, wie es dargestellt wird. Im Boden unter dem Gebiet von Epanomi, nahe der griechischen Stadt Thessaloniki, liegen nachweislich gewaltige bislang ungenutzte Kohlenwasserstoffvorkommen: **Erdgas im Wert von mehr als 300 Milliarden Euro könnten gefördert werden. Allein dieses Geld reicht aus, um alle Schulden Griechenlands auf einen Schlag zu bezahlen.** – Vor dreissig Jahren wurde das Gasfeld gefunden, angebohrt – und wieder versiegelt. Es ist allerdings nicht das einzige Feld: Vor den Küsten von Kreta, Rhodos und zypriotischen Gewässern gibt es ebenfalls grosse Gas- und Ölvorkommen. Erstaunlicherweise haben bisher weder die



Landschaft nahe des Dorfes Epanomi. Unter dem Boden sollen sich Unmengen von Kohlenwasserstoffanteilen befinden.

EU noch der IWF oder die Troika beim Schuldenpoker jemals mit Griechenland über diese Brennstofflager gesprochen. – **Aber man muss wissen, dass der frühere griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis im Oktober 2009 unter dem Druck westlicher Staaten mit Morddrohungen zurückgetreten ist. Er wollte den amerikanischen und französischen Ölkonzernen in Griechenland keine Bohrgenehmigungen erteilen und stattdessen den Russen beim Bau einer Gasleitung helfen.** – Nach seinem Rücktritt wurde der in den USA geborene Papandreou Ministerpräsident und die Ölkonzessionen wurden «subito» an amerikanische Unternehmen vergeben. Honni soit, qui mal y pense!

...dass Bundesrätin Doris Leuthard die Schweiz in eine Swiss-City à la Gross-London oder Singa-

pur verwandeln will. Sie rief die Städte auf, den Denkmalschutz zu lockern und mehr in die Höhe zu bauen. Zürich stecke baulich noch im Mittelalter und auch Bern täten hohe Türme gut – so die wachstumsbesessene Leuthard. Damit will sie die unseligen Folgen der Einwanderungspolitik bekämpfen. **Dass eine Mittelland-Stadt mit beispielsweise 10 Mio. Einwohnern das Ende einer politisch unabhängigen Schweiz bedeuten würde, ist ihr offenbar «schnurzugegal».**

Dass das sogenannt verdichtete Bauen zu mehr Stress (sog. Dichtestress!), psychischen Erkrankungen und Kriminalität führt, hat Bundesrätin Leuthard scheinbar noch nie gehört!

Hauptsache – wir wachsen weiter!
Tino Giacomo

Asylchaos stoppen!

Die Schweizer Asylpolitik ist heute vom Asylrechtsmissbrauch, von Absurditäten und der Untätigkeit sowie der Führungslosigkeit der Verantwortlichen im Asylbereich bestimmt. **Verfahren dauern im Schnitt 1400 Tage, die Gesuchszahlen explodieren, die Kriminalität nimmt zu, die Kosten im Asylwesen steigen von Jahr zu Jahr.** Der Unmut und die Unsicherheit in der Bevölkerung wird immer stärker. Daher haben sich die Schweizer Demokraten (SD) intensiv mit den nötigen Verbesserungen im Asylwesen beschäftigt und folgenden Forderungen aufgestellt:

- Mit Italien soll ein Abkommen zur raschen Überstellung von Dublinfällen abgeschlossen werden.
- Mit Staaten, die Dublin nicht zufriedenstellend anwenden, insbesondere Italien, sollen unver-

züglich wieder Grenzkontrollen eingeführt werden.

- Der Bund soll mehr Haftplätze für kriminelle Asylanten zur Verfügung stellen.
- Die Nothilfepauschale pro Asylbewerber an die Kantone soll als Anreiz zur schnelleren Wegweisung gesenkt werden.
- Die Gemeinden mit Empfangszentren sollen mit einer Sicherheitspauschale von Seiten des Bundes entschädigt werden.
- Wehrdienstverweigerung und Desertion sind keine Asylgründe.
- Exilpolitische Tätigkeit gilt nicht als Flüchtlingseigenschaft.
- Die Frist für eine Niederlassungsbewilligung darf nicht länger sein als jene im Ausländerbereich.
- Sozialleistungen und Nothilfe erhält nur, wer die Identität bekannt gibt.

- Die Nothilfe wird auf sechs Monate beschränkt.
- Die Sozialhilfe wird bei einer Freiheitsstrafe oder bei Verletzung der Mitwirkungspflichten zwingend entzogen.
- Vorläufig Aufgenommene haben kein Recht auf Familiennachzug.
- Asylverfahren von Untergeachteten werden abgeschrieben.
- Mit einer Vorabklärung soll vor der Entgegennahme des Gesuches abgeklärt werden, ob überhaupt Asylgründe vorliegen.
- Aufhebung der aufschiebenden Wirkung bei Beschwerden gegen Nichteintretensentscheide, Wiedererwägungsgesuche und Mehrfachgesuche.
- Streichung der Möglichkeit von Mehrfachgesuchen.
- Schaffung gesetzlicher Grundlage zur geschlossenen Unterbrin-

gung von deliktischen, renitenten und dissozialen Personen.

Mit diesen und weiteren SD-Forderungen soll das heute unwirksame und teilweise gar kontraproduktive Asylgesetz Wirkung entfalten. Nur so kann dem Asylmissbrauch ein Riegel geschoben und ein klares Signal gegen Schlepper und Profiteure gesendet werden.

Insbesondere der laufend zunehmenden Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aus Nordafrika muss entschieden entgegengetreten werden. Es handelt sich um unechte Asylbewerber (angebliche Verlierer des «arabischen Frühlings»), die in keiner Weise bedroht sind.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Man holte Arbeitskräfte und es kamen Probleme!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handöge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

DIENSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2011. Steuerex-
perte (über 30 Jahre Berufserfah-
rung) füllt Ihre Steuererklärung
bei Ihnen zu Hause (Bern und Um-
gebung) aus und gibt Ihnen ent-
scheidende Steuertipps. Stunden-
satz Fr. 80.–. Selbstständigerwer-
bende: Preis nach Absprache.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

STELLENSUCHE

Suche **Festanstellung** (Bern und
Umgebung) im kaufm. Bereich, als
Landschaftsgärtner oder in jedem
anderen Berufszweig.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: patrickbarisi@bluewin.ch

ZU VERMIETEN

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller**, ab Fr. 600.– mtl. inkl.
2000 km; Die Fahrzeuge können
auch pro Tag oder Wochen gemie-
tet werden; für die ganze Schweiz.
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

GESUCHT

Kaufe von privat **altes Spielzeug** von
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis:

Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebilderung von Artikeln).
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax
031 974 20 11**

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Bin auf der Suche nach Interessent-
en und eventuell Spendern für die
**Gründung einer Kantonalsektion
Solothurn**. Mein Name ist Daniel
Rebetez und ich wohne in Gren-
chen, PC 30-410665-1.

Vielen Dank für Euer Interesse!
Kanton Solothurn

Telefon 078 789 60 52

E-Mail: stefan.hess61@hotmail.com

ZU VERKAUFEN

Porsche 944 Automat, Klima, Ser-
vo, elektr. Sitzverstellung, Heck-

schürzen, Aluräder, ab Service und
MFK, Fr. 13'850.–, Tausch, Teilzah-
lung ohne Anzahlung möglich, wei-
tere Fahrzeuge. Stadt Bern
Telefon 079 304 74 51

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,

**Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch**

6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»,
mit leichter weisslicher Maserung
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-
braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

BEKANNTSCHAFTEN

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 J., mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-

rien. Bär freut sich auf Deinen An-
ruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

AUSSTELLUNGSHINWEIS

Schweizerisches Freilicht- museum Ballenberg

Bei uns stehen die Türen offen!

...treten Sie ein und schauen Sie
sich um: in Küchen, Kammern und
Wohnstuben in originalgetreu wie-
deraufgebauten Häusern und Höfen
aus alter Zeit. **Bei uns düfen Sie
beim Arbeiten zuschauen!**

...Handwerker zeigen Ihnen Schnit-
zen, Korben, Weben und Klöppeln
bis hin zum Käsen und Backen.

Bei uns sind alte Bräuche aktuell!

...In speziellen Veranstaltungen
führen wir Ihnen traditionelle Brä-
uche vor, z.B. Trachten und Tänze,
Brächete und Herbstmarkt. Die Da-
ten und detaillierte Informationen
erfahren Sie aus unserem Veran-
staltungskalender www.ballenberg.ch
oder per Info-Telefon 033 952 10 40.

**Bei uns stehen Ihnen für Hunger
und Durst**

...drei gemütliche Gasthöfe zur Ver-
fügung. Auch Picknick-Plätze und
das Holz zum Grillieren sind schon
parat. Mehr über das Freilichtmu-
seum im Berner Oberland unter:

Telefon 033 952 10 30;

www.info@ballenberg.ch

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Schweiz:

**Ordentliche Delegiertenver-
sammlung**, Samstag, 12. Mai
2012, 10.30 bis 15.00 Uhr,
Restaurant «Dieter», Alte
Gasse 1, 5034 Suhr.



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donners-
tag im Monat ab 19.30 Uhr.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



SD Kanton Bern:

**Ordentliche Mitgliederver-
sammlung** am Dienstag, 22.
Mai 2012, 19 bis 21.30 Uhr,
selbes Restaurant wie Höck
SD Stadt Bern.

SD Stadt Bern: Hauptversammlung
am Freitag, 11. Mai 2012, 19 bis 21.30
Uhr, selbes Restaurant wie Höck.

SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssit-
zung, Gäste sind stets eingeladen!)
im Restaurant «Jäger», Murtenstr.
221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr.
101, Haltestelle Untermattweg (von
dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram
Nr. 8 Richtung Brünen-Westside,
Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min.
zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im
Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülflingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine
Woche später).

Mitgliederversammlung am Diens-
tag, 22. Mai 2012, 19.30 Uhr im sel-
ben Lokal wie Höck.



Kantonalsektion St. Gallen:
Hauptversammlung
am Samstag, 5. Mai, um 14
Uhr im Restaurant Papagei,
Hinterlauben 4 in St. Gallen

(mit dem Bus bis Marktplatz dann
die Marktgasse hinauf bis zum Welt-
bild dann rechts abbiegen).

Kantonalsektion St. Gallen:

Stamm am 31. Mai ab 19.30 Uhr im
Restaurant «Dufour» am östlichen
Ende des St. Galler Hauptbahnhofs.
Weitere Infos über Telefon 079 639
06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz:

Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-
woch im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und Dezember).
Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1,
11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Halte-
stelle Eichhof.

**Kanton Aargau****Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» steht**

Es wurden weit über 3000 Unterschriften gesammelt! Die Unterschriftensammlung geht dessen ungeachtet weiter.



Grüezi: Juhui... Mundart im Kindergarten.

Die von den Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Aargau – mit Beginn am 18. Juli 2011 lancierte kantonale Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» – ist auf der Zielgeraden. Die Mitglieder

des Initiativkomitees haben innerhalb von 8½ Monaten weit über 3000 Unterschriften gesammelt. Dieses Volksbegehren hat ein so grosses Echo ausgelöst, dass sogar Unterschriftenbogen in Verkaufsgeschäften aufgelegt werden konnten. Die Unterschriftensammlung geht dessen ungeachtet weiter. Das Volksbegehren wird voraussichtlich Ende Mai 2012 bei der Staatskanzlei eingereicht.

Bezeichnend für die Wichtigkeit der Mundart-Initiative ist, dass vor allem junge Bürgerinnen und Bürger (vor allem Frauen) das Volksbegehren gerne unterzeichnet haben. Viele Personen haben sich zudem bereit erklärt, sich weiter aktiv beim Sammeln von Unterschriften zu engagieren. Dies unter anderem auch deshalb, weil unsere Mundart und unsere Dialekte einen wichtigen Bestandteil unserer Kultur und Identität darstellen.

René Kunz, Grossrat, Mitglied Initiativkomitee «JA für Mundart im Kindergarten», Reinach

**Kanton Bern****Interpellation****Ärgernis Werbeplakatständer in den Lauben – wieweit wurde die versprochene Verbesserung erreicht?**

In seiner Antwort auf meine Interpellation «Werbeplakatständer in den Altstadtlauben – mühsame Hindernisse für die Fussgänger» vom 26. August 2010 hat der Gemeinderat grundsätzlich zugestimmt,

- dass Handlungsbedarf besteht
- dass die primären Verkehrsflüsse (Fussgänger und insbesondere auch Personen mit Rollstuhl oder Kinderwagen) Vorrang vor Werbebedürfnissen haben
- dass im Herbst 2010 zahlreiche illegale Reklameständer polizeilich entfernt werden mussten
- dass er die Meinung teilt, dass zu viele Plakatständer (nebst der Behinderung des Fussgängerverkehrs) auch das Bild der Altstadt (UNESCO-Weltkulturerbe) beeinträchtigen.

tung eines «Vollzugskonzepts für Warenauslagen, Reklameständer und dergleichen» in Aussicht gestellt.

Da subjektiv wahrgenommen, sich die Situation wieder verschlechtert hat, frage ich den Gemeinderat:

1. Liegt das versprochene Vollzugskonzept vor? Wenn nein, bis wann ist es zu erwarten?
2. Teilt der Gemeinderat meine Einschätzung, dass die (wohl meist illegalen) Reklameständer wieder zugenommen haben?
3. Führt das Polizeiinspektorat nach wie vor häufige Kontrollen durch? Mit welchem Resultat?
4. Sieht der Gemeinderat weitere Möglichkeiten, die Situation zu verbessern?

Robert Meyer, Stadtrat, Präsident SD Stadt Bern

Der Gemeinderat hat vermehrte Polizeikontrollen und die Erarbei-

**Kanton Zürich****Sechseläutenwiese oder Granitplatz?**

Bald ist das neue Opern-Parkhaus fertig gebaut und der Missbrauch der Sechseläutenwiese als Auto-parkplatz hat ein Ende. Nun wäre die Zeit gekommen, den Sechseläutenplatz wieder so herzustellen, wie er früher war. Nur noch im April Sechseläuten, dann Zirkus Knie, und nachher wieder Wiese, nicht noch all die «Events», mit denen der Platz bisher völlig übernutzt wurde!

Der Metropolenwahn treibt eine neue Blüte...

So einfach wäre das. Doch der Stadtrat will in seinem Metropolenfimmel wieder einmal einen «grossen Wurf» hinlegen. So wurde statt der simplen Wiederherstellung der Sechseläutenwiese als Erstes ein Architekturwettbewerb veranstaltet, wie man den «Platz von internationaler Bedeutung» neu gestalten könnte. Das Resultat ist nun, dass die Sechseläutenwiese für über 17 Millionen Franken mit einem Luxusbelag aus Granit zugestrichelt werden soll. Damit dieser hält, kommt eine 20 Zentimeter dicke Betonschicht darunter. Man kann sich leicht vorstellen, wie heiss es im Sommer in dieser Steinwüste sein wird. Da helfen auch die 51 Bäume nicht, die nicht etwa auf Wiesen-, sondern auf Kiesinseln gepflanzt werden sollen. Dazu gibt es ein Wasserspiel, ein Boulevardcafé und eine grosse Feuerstelle mit Stahlplatten. Und selbstverständlich gehört auch eine grossartige Beleuchtung gemäss dem ominösen «Plan Lumière» dazu, mit Mastleuchten auf den Kiesinseln, ganz im Sinne des Energiesparens. Der grosse Haken an dieser übermöblierten, grandiosen «Begegnungsstätte» bleibt, dass rundum der Autoverkehr braust. Und so richtig gemütlich wird es auf dem «international bedeutenden grössten innerstädtischen Platz der Schweiz» (Originalton Zürcher Stadtrat) erst, wenn einem die Velofahrer kreuz und quer um die Ohren sausen dürfen...

Da lacht sich ja der «Böögg» tot...

Damit die Zünfte am Sechseläuten ihren Umritt um den «Böögg» durchführen können, muss jedes Jahr um diese Zeit ein «loses Substrat» auf die Granitfläche geschüttet (und nachher wieder entfernt) werden. Weil auch die Stahl-



Die ungewisse Zukunft dieser historischen Stätte.

platten-Feuerstelle nicht sechseläutentauglich ist, muss sie zu diesem Anlass mit einer Lage Schamottplatten abgedeckt werden. Einen solchen Unsinn kann sich wirklich nur ein preisgekrönter Architekt ausdenken...

Das Volk soll entscheiden!

Die bürgerlichen Parteien regen sich vor allem auf, weil das Utoquai inskünftig um eine Fahrspur schmaler würde. Man kann sich tatsächlich fragen, ob dies am meistbefahrenen Verkehrsknotenpunkt weit und breit sinnvoll ist. Doch deswegen hätten wir Schweizer Demokraten gewiss nicht mitgeholfen, ein Referendum zu ergreifen. Uns geht es darum, dass der Sechseläutenplatz in seiner alten Form wieder hergestellt und weniger übernutzt werden soll. Mit den 17 Millionen, welche der Stadtrat für sein international bedeutendes Granitdenkmal ausgeben will, könnte man die Sechseläutenwiese locker 100 Jahre lang pflegen und unterhalten. Damit die Zürcherinnen und Zürcher das letzte Wort haben, ob aus ihrer Sechseläutenwiese eine gigantische Fläche aus Granit werden soll, haben wir Schweizer Demokraten im Gemeinderat das Behördenreferendum mit unterschrieben.

SD Stadt Zürich

Erklärung der SD-Parlamentsgruppe zur familienexternen Kinderbetreuung von Gemeinderat Christoph Spiess

Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums

In der heutigen Debatte ist viel von «gesellschaftlichem Wandel» die Rede und dieser wird sozusagen als Naturereignis hingestellt. Dabei ist er wie alle politischen und gesellschaftlichen Veränderungen das Werk von Menschen. Etwa seit den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts sind in unserer Gesellschaft Kräfte am Werk, die systematisch alles Traditionelle und Bewährte zerstören wollen und leider damit schon sehr weit gekommen sind. Zu den Opfern dieses Feldzuges gehört auch die traditionelle Familie.

Zwar lässt sich nicht bestreiten, dass bei stagnierenden Löhnen und gleichzeitig immer teureren Wohnungen und Krankenkassen immer mehr Familien tatsächlich gezwungen sind, ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen. Auch mag man Verständnis dafür haben, dass gut ausgebildete Frauen ihre Fähigkeiten im Berufsleben einsetzen möchten. Aber man kann eben nicht den Fünfer, das Weggli, die Verkäuferin und obendrein noch den Laden gleichzeitig haben. Der starke Ausbau der Fremdbetreuung von Kindern ist zu einem grossen Teil das Resultat eines ständigen politischen Drucks von links mit dem Ziel, die seit Jahr-

hundertern, ja seit Jahrtausenden bewährten Familienstrukturen zu «killen», verbunden mit wirtschaftlichen Interessen des Geldbürgertums mit seinen Unternehmungen von rechts. Die Aufblähung der «Betreuungsindustrie» dient nicht den Kindern, sondern den Komfortansprüchen der Eltern, der wachstumssüchtigen Wirtschaft und der Beschäftigung von immer mehr Betreuerinnen. Dabei bräuchten die Kinder nicht einfach irgendeine Betreuung, sondern die Zuwendung ihrer Eltern. Kinder haben heisst, sich zu deren Gunsten einzuschränken. Die von uns geforderte Stärkung der traditionellen Familie bedeutet

keine Diskriminierung der Frauen. Männer und Frauen sind gleichberechtigt, aber sie sind niemals gleich – sie haben von Natur aus verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Wir verlangen, dass nicht länger einseitig das «Fremdparkieren» von Kindern staatlich gefördert wird, sondern die bewährte, traditionelle Familie wenigstens gleich lange Spiesse erhält. Das ist ein Gebot der Rechtsgleichheit und könnte auch gerichtlich eingefordert werden! Warum haben eigentlich die Verfechter von alternativen Modellen eine derartige Angst vor der traditionellen Familie, wenn diese doch angeblich so schlecht ist?

Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger zum SD-Postulat

«Finanzielle Entlastung für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, statt sie in Krippen und Horte abzuschieben!»

Einmal mehr wird heute darüber diskutiert, wie man wo mit welchen Mitteln noch mehr Kinderbetreuungsstätten einrichten kann. Nach Ansicht von uns Schweizer Demokraten sollte heute Abend eher darüber gesprochen werden, wann und wo die erste solche Fremdbetreuungsanstalt geschlossen und endlich wieder zum normalen, seit vielen Jahrhunderten praktizierten Familienalltag zurückgekehrt werden kann.

Uns ist durchaus bewusst, dass es Familien gibt, die darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile berufstätig sind. Genau für diese Familien sollte die Möglichkeit bestehen, die Kinder fremdbetreuen zu lassen.

Aber leider benützen heutzutage vor allem Eltern, die nicht zwingend darauf angewiesen sind, die Angebote der «Betreuungsindustrie». Eltern, die sich lieber



Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen nicht diskriminiert werden!

«selbst verwirklichen» wollen, statt sich um das Wohl ihrer Kinder zu kümmern. Oder solche, die ihre Kinder einfach abschieben, weil das halt «in» ist.

Auf der anderen Seite gibt es immer weniger Familien, die sich zugunsten des Nachwuchses einschränken. Sei es mit dem Verzicht auf einen zusätzlichen Verdienst, auf teure Ferien, einen höheren Lebensstandard usw. Dafür nehmen sie die Verantwortung wahr,

ihr Kind in einem normalen Umfeld selbst zu erziehen.

Mit unserem Postulat wollen wir einen gewissen Anreiz schaffen, dass wieder mehr Kinder von den eigenen Eltern erzogen werden können.

Ein letzter Punkt wäre noch die derzeitige Ungleichbehandlung der beiden Familienmodelle. Während Eltern, die ihre Kinder in Tagesstätten «parkieren», finanziell unterstützt werden, stehen diejenigen Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, mit leeren Händen da. Mit einer angemessenen finanziellen Entlastung zugunsten des traditionellen Familienbildes möchten wir Gegensteuer geben.

Wir Schweizer Demokraten bedanken uns für die Unterstützung unseres Postulats.

Der Vorstoss blieb mit 6 Ja- gegen 113 Nein-Stimmen leider erfolglos. Wir bekamen nur gerade von der EVP Unterstützung. Die SVP lehnte unseren Vorstoss mit einer schwer verständlichen Begründung ab, die sich etwa so zusammenfassen lässt: Die traditionelle Familie erhalten wäre schon recht, aber die Förderung dieser bewährten Lebensform darf ja nichts kosten. Man merke sich: Für die SVP kommt der Geiz vor dem Einsatz für die Stützen unserer Nation wie Familie, Armee, volkstümliche Kultur usw.

Standaktion in Winterthur



Wir trafen uns am 24. März morgens um 8 Uhr in Winterthur beim Römertor, wo wir von der Stapo Winterthur einen Standplatz zugewiesen erhalten haben.

Danach ging es richtig los! Der Sinn und Zweck war, die Sektion Winterthur wieder etwas bekannter zu machen.

Diese Aktion war ein voller Erfolg!



Wir haben an diesem sonnigen Vormittag rund 100 Zeitungen und Parteiprogramme verteilt. Beim Volk ergaben sich zahlreiche interessante und durchs Band weg positive Gespräche!

Wir haben festgestellt, dass unsere Partei beim Volk sehr bekannt ist!

Andreas Stahel, Präsident SD Kanton Zürich, Wädenswil

Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung? Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?

Sammele jetzt oder verteile Bögen in deinem Dorf oder deiner Stadt!

Unter www.schweizer-demokraten.ch kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10.

Hans Spitz windet sich vor Unbehagen!

Als aufmerksamer Beobachter des politischen Geschehens leide ich zurzeit regelrecht ob der verwirlichen (lies: lügnerischen) Darstellungen verschiedener Themen auf der politischen Bühne.

Zum Ausland: Am meisten Besorgnis weckt die gegenwärtige Hetze gegen den Iran – verbunden mit Massnahmen zur Abwürgung seiner wirtschaftlichen Existenz. Es ist offensichtlich – die USA, GB, die Nato und die Mehrheit der EU-Staaten wollen Krieg. Die Vorwürfe an den Iran sind so gesucht und so falsch wie die seinerzeitigen Begründungen für den Krieg gegen Saddam Hussein. Tatsachen sind:

– Iran hat den Atomsperrvertrag unterzeichnet und hält diesen auch ein. Das Urteil der Atomenergiebehörde in Wien unter Mohamed El Bardei war eindeutig: **Iran hat die Forschungen für eine militärisch nutzbare Zielsetzung schon vor Jahren aufgegeben.**

– Andererseits weigert sich Israel, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Zudem ist es im Besitze von 150 bis 250 gefechtsbereiten Atomsprenghäuptern und bedroht damit immer wieder seine Nachbarn.

– Iran leidet seit Jahren unter einem geheimen Krieg, der von den amerikanischen (CIA), britischen (MI6) und israelischen (Mossad) Geheimdiensten geführt wird. Es werden Terroristen angeheuert, die Bombenanschläge gegen Moscheen und Rüstungsindustrie durchführen. Öl- und Gasleitungen sowie Raffinerien werden in die Luft gesprengt. Der Stuxnet-Virus wurde in Industrieanlagen eingeschleust, um diese zu zerstören, und vieles mehr.

Alein im Jahr 2011 sind 17 Anschläge gegen Pipelines und 12 gegen Raffinerien erfolgt. Im Mai 2011 wurden 30 CIA-Spione verhaftet, die Landkarten der Energieinfrastruktur bei sich hatten, um diese zu sabotieren. Im April des vergangenen Jahres flogen vier wichtige Gaspipelines – alle gleichzeitig – in die Luft.

Da stellt sich doch die Frage, warum sind alle diese Vorkommnisse in unserer Presse, in Radio und Fernsehen, keiner Meldung, keines Kommentars wert?

Nicht einmal die Tatsache, dass zwei Raketenbasen durch Drohnen bombardiert wurden – also klar eine kriegerische Handlung (durch wen?) stattfand, wurde uns durch die Massenmedien zur Kenntnis gebracht.

– Nicht zu vergessen ist das, was dem Iran durch den 8 Jahre dau-

ernden Irak/Iran-Krieg angetan wurde. Jener Krieg war von den USA und GB «gesponsert» worden. Die dort verwendeten Chemiewaffen wurden durch Deutschland auf Geheiss der USA geliefert.

Insgesamt sind in diesem Stellvertreterkrieg auf iranischer Seite 500'000 Soldaten gefallen. Zudem wurden mehr als 50'000 iranische Soldaten durch Chemiewaffeneinsätze verwundet – 5000 von ihnen starben an den Folgen.

Damals hat die ganze westliche Gemeinschaft geschwiegen. Die jetzt gespielte Empörung wegen des Angriffs auf die britische Botschaft nach einem weiteren Gaunerstücklein der Engländer – sie versuchen den Iran finanziell kaputt zu machen – ist mehr als scheinheilig. Lesen Sie die tendenziöse Meldung beispielsweise in der «NZZ am Sonntag» vom 4. Dezember 2011.

Zum Inland: Auch jetzt ist es nicht zu spät, die Wiederwahl von Eveline Widmer-Schlumpf nochmals kräftig anzuprangern. Die Angelegenheit hat einen zutiefst fahlen Beigeschmack. Dabei hat sie dreierlei bewiesen:

1. Zahlreichen Journalisten geht es nie um die Suche nach Wahrheit; sonst hätten sie spätestens nach dem Erscheinen des Buches von Andrea Hämmerle Frau Widmer-Schlumpf als lügnerische Intrigantin im Zusammenhang mit der Wahl in den Bundesrat 2007 demaskieren müssen.
2. Es ist schon erstaunlich, dass die Verschleuderung von Millionen guter Schweizer Franken durch das Chaos, das diese Frau im Asylbereich angerichtet hat, den Journalisten keiner Nachforschungen, keiner Kommentare wert ist.
3. Die Politiker auf Bundesebene brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie im Volk als unglaubwürdig beurteilt werden. **Die geheuchelten Begründungen der Parteipräsidenten der SP, der GLP, der CVP – wieso man eine so gute Bundesrätin nicht abwählen durfte, wirken nach den Abwahlen von BR Metzler und von BR Blocher geradezu lächerlich.** Wenn man schon lügt, sollte man sich wenigstens um den Schein der Ernsthaftigkeit bemühen.

Es wurde nachdrücklich bewiesen, dass die vierte Gewalt im Staate – die Massenmedien – sehr wohl im Stande sind, eine Grundwelle für oder gegen jemanden oder gegen etwas aus-



Wohin wird die Welt von der noch wichtigsten Währung, dem US-Dollar, geführt?

zulösen. Dabei spielt die Wahrhaftigkeit eine kleine Rolle – wichtig ist das nachhaltige gekonnte Lügen.

Zum internationalen Finanzskandal: Ich zitiere hierzu aus «interinfo» vom Dezember 2011: *Die längerfristige Ursache der derzeitigen weltweiten Finanzkrise ist die Tatsache, dass die Federal Reserve Bank (FED) der USA mit staatlichen Vollmachten ausgestattet ist, aber doch ein Privatinstitut von heute 13 Eigentümerbanken ist, von denen die meisten den beiden weltweit führenden Hochfinanzgruppen zuzuordnen sind. Diese haben über ihre Bank, die FED, die Möglichkeit, Geld aus dem Nichts zu schaffen. So haben sie die Dollar-menge in den letzten 35 Jahren vervierzigfacht, obwohl sich die Gütermenge nur vervierfacht hat. Mit diesem selbst kreierten Geld konnten sie die Rohstoffe der Welt aufkaufen, die meisten Mehrheiten der grossen Kapitalgesellschaften erwerben, Monopole in ganzen Produktions-, Dienstleistungs- und vor allem Mediensektoren zusammenkaufen und mit dem eigenen Geld und der Macht der US-Regierung die meisten Zentralbanken der westlichen Welt regieren und notfalls erpressen. Damit finanzieren sie aber auch Aufstände zur Beseitigung widerspenstiger Regierungen wie in Südafrika, der Ukraine, Georgien und jetzt in Nordafrika. Als dann in den USA die grosse Finanzblase platzte und Lehmann Brothers bankrott ging, hat der amtierende US-Finanzminister Paulson (er war vorher 10 Jahre lang Chef der dubiosen Bank Goldman-Sachs) seinen Bankerkollegen die*

Abrechnung der dubiosen Finanzprodukte erspart, indem er das grösste US-Hilfspaket über 700 Mrd. Dollar zugunsten der Banken verkündete und so die Krise der Grossbanken unter Verwendung von Steuergeldern verhinderte.

In den USA verwandelte Finanzminister Paulson die Bankenkrise in eine Staatsfinanzkrise. Das Gleiche verlangte er dann auch von Europa, wo man mit dem «Rettungsschirm» die dubiosen Bankschulden durch Staatsgarantien, Schuldenübernahmen in «Bad Banks» und Direktzahlungen an insolvent gewordene Banken auffing. Schliesslich wird immer der einfache Bürger zur Kasse gebeten.

Seit damals spricht man nicht mehr von unsoliden Banken sondern von Staatsschuldenkrisen. Diese Finanznetzwerke lenken auch die Eurokrise!

Und das alles bezahlt der Steuerzahler!

Verstehen Sie, liebe Leser, warum ich vor Unbehagen ob diesen Tatsachen Magenschmerzen und Schlafstörungen habe?!

Hans Spitz, Köniz

NB: Haben Sie mitbekommen, dass der SPD-Mann Peer Steinbrück («der Kavallerist») der nächste deutsche Bundeskanzler werden soll. Das zumindest hat die letzte Bilderberger-Konferenz beschlossen und zwar als Dank für seine Rolle als deutscher Finanzminister, wo er zu Gunsten der «vereinigten Abzocker» wirkte!

Vom SD-Gastredner zum FDP-Parteipräsidenten

Am 21. April 2012 wurde der gelernte Gipser und Nationalrat Philipp Müller von Reinach im Aargau zum neuen Präsidenten der FDP Schweiz gewählt. So eine Wahl wäre ja nichts Aussergewöhnliches, wenn man nicht die Lebensgeschichte dieses Mannes kennen würde.

Vor über 15 Jahren lancierte dieser Philipp Müller die sogenannte 18-Prozent-Initiative. Mit diesem Begehren für eine Beschränkung der Ausländerzahl fand er in der Schweizer Bevölkerung grossen Anklang. Um die 100'000 Unterschriften zu sammeln, war sich Philipp Müller nicht zu schade, auch bei den Schweizer Demokraten (SD) der Sektion St. Gallen aufzutreten. Die SD-Mitglieder sammelten dann fleissig und auch erfolgreich die nötigen Unterschriften. Leider unterlag dieses Volksbegehren bei der Abstimmung im Jahre 2000. **Dieses Resultat ergab sich nicht zuletzt, weil die FDP – von der er jetzt Parteipräsident ist – die Initiative heftig bekämpft hatte.** Philipp Müller setzte sich jedoch weiter gegen die

Masseneinwanderung ein und gründete am 4. Mai 2002 das PIKOM. Diese politisch unabhängige und breit abgestützte Organisation sollte weiter für die Beschränkung der Einwanderung kämpfen.

Der grosse Wandel des Philipp Müller

Durch die 18-Prozent-Initiative Bekanntheit errungen, wurde Philipp Müller im Jahr 2003 – auch mit vielen Panaschierstimmen von SVP und SD – auf einer FDP-Liste in den Nationalrat gewählt. Bereits am 3. Juli 2005 begann sein «Gesinnungswandel», in dem er in der NZZ für die Personenfreizügigkeit war und verkündete, dass die Gesamtbevölkerung nicht mehr wachsen werde – trotz Freizügigkeit. Dass diese Prognose nicht stimmte, kann heute klar bestätigt werden. Bei PIKOM musste er bald wegen seines Sinneswandels das Präsidium abgeben. Auch bei der SVP wurden die Salti vor- und rückwärts nicht als Freude zur Kenntnis genommen. Nur bei der Wirtschaftspartei FDP wurde er nun auf den Thron gehoben.



Philipp Müller.

Philipp Müller kämpfte jahrelang gegen die Übervölkerung der Schweiz. Dann war er für die Personenfreizügigkeit und sogar gegen die Ausschaffungsinitiative.

Einmalige Karriere

Niemand hat so eine Karriere wie Philipp Müller hinter sich. Wer war schon Gastredner bei den Schweizer Demokraten und wurde später als Parteipräsident der FDP Schweiz gewählt? Auf der Strecke

bleibt die Glaubwürdigkeit. Das PIKOM und die Schweizer Demokraten kämpfen jedoch auch im Jahre 2012 weiter gegen die Einwanderung und Übervölkerung der Schweiz.

Ist der Drang zur Karriere stärker als der Idealismus, so wird mancher Zeitgenosse zum Chamäleon!

Kurt Koller, Lichtensteig

Zum Steuerstreit Deutschland–Schweiz

Deutschland steht in unserer Schuld. Wir, unsere Familie wanderte um 1905, wie viele andere Schweizer Familien, von der Schweiz nach Deutschland aus, um sehr hart und viel auf den Grossgrundbesitzern als Melkerfamilien zu arbeiten. Die ersten Verluste erlitten diese Familien im Ersten Weltkrieg, die zweiten Verluste folgten im Zweiten Weltkrieg. Danach wurde erneut hart gearbeitet und aufgebaut. Wer dann Pech hatte und in der späteren DDR erneut investierte, verlor nochmals alles. Ausserdem wurde mein Vater politisch verfolgt und 1953 zwei Jahre von der Stasi ins Gefängnis geworfen. Danach wurden meinem Vater bei einer erneuten Verhaftung 25 Jahre Zuchthaus angedroht.

So haben wir sehr erschwert, mit illegal zehn versteckten D-Mark, 1961 Deutschland in Richtung Schweiz verlassen. Zurück blieben unser Bauernhof und auch meine deutsche Verlobte. Erst nach 5½ Jahren hartem und schwerstem Kampf konnte meine Verlobte, nachdem die Schweiz einen Stasi-Spion gegen sie austauschte, zu mir in die Schweiz folgen. Zwingend musste ich bis dahin in die

DDR reisen, was mich ein Vermögen kostete.

Nach der Wende erhofften und erwarteten wir alle eine Entschädigung für alles in Deutschland zurückgelassene. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil, man liess uns wissen von den deutschen Behörden, mein Vater hätte ja nicht in der DDR im Gefängnis landen müssen. Mein Vater hat sich lediglich gegen die Verstaatlichung der Landwirtschaft ausgesprochen.

Nun zum Steuerstreit. Deutschland sollte erstmals die hohe Zahl der ehemals in Deutschland lebenden und arbeitenden Schweizer entschädigen, die wegen deutscher Fehlleistungen Verluste erlitten haben, bevor man den Mund zu voll nimmt und aufreisst. Was unsere Justizministerin Sommaruga betrifft, so habe ich nichts gegen eine von «Bild» angedrohte Verhaftung, aber nur aus dem Grund, da sie Unmengen von Ausländern in die Schweiz lässt, besonders Tausende von deutschen Arbeitslosen und Hartz-4-Empfängern. Hinzu kommen noch tausende Grenzgänger. Deutschland sollte der Schweiz dankbar sein.

*Bernd Lehnherr,
Torrevieja (Spanien)*

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch



Après Genève, Vaud¹

Un Canton de plus à rayer de la carte!

Les urnes ont parlé! En effet, le 1er avril dernier, Madame Nuria Gorrite (Soc.) syndique de Morges d'origine espagnole, née en 1970, est arrivée en tête lors de l'élection (2ème tour) au Conseil d'Etat du canton de Vaud avec 74'438 suffrages. Madame Béatrice Métraux (Verts) la suit avec 73'325 voix, devant Anne-Catherine Lyon (Soc.) 70'165 suffrages. Toutes les trois élues. Claude-Alain Voiblet (UDC), président du Grand Conseil vaudois, est battu avec 62'480 voix. Il lui aura manqué moins de 7'700 voix pour être élu. Les voix qu'une partie de l'électorat du PLR lui auront refusées, préférant faire élire une seconde socialiste!

Il est évident que les électeurs naturalisés ont, dans leur grande majorité, voté pour Madame Gorrite. **Une fois de plus la démonstration que les naturalisations profitent exclusivement à la gauche est faite.** Cela se confirmera de plus en plus lors de prochaines consultations et autres élections. Les socialistes, fers de lance de la naturalisation facilitée, progresseront dans leur irrésistible ascension essentiellement à cause de cela. Ce pays dévasté signe et confirme une fois de plus son arrêt de mort! Et les nationalistes, silencieux jusqu'à la

disparition finale? A nous de faire mentir cette sombre prévision, car il n'est pas acceptable de l'envisager sans volonté de résistance. Notre collaboration à ce journal le démontre si besoin était.

Il y a officiellement au 31 décembre 2011, 1'772'279 étrangers en situation régulière dans ce pays (office fédéral des migrations).

Depuis 1984 (chiffres mentionnés également par l'office fédéral des migrations): 700'000 personnes d'origine étrangère ont été naturalisées en Suisse!

Si nous considérons celles qui l'ont été avant 1984, on peut légitimement penser que plus d'un million de naturalisations ont été réalisées dans ce triste pays! Si nous ajoutons les 22% d'étrangers (1'772'279 personnes), nous pouvons estimer qu'un bon tiers des habitants qui vivent en Suisse ont une origine étrangère. Et cela continue et continuera... jusqu'à la disparition complète du peuple de ce pays à la fin de ce siècle!...

Dès lors, il nous reste une carte maîtresse à jouer: **convaincre, par tous les moyens, les suisses (si ce type de spécimen n'est pas encore**



Plus d'étrangers, plus de monde – et les conséquences?

totallement abâtardi!) de nous rejoindre sur un programme drastique qui leur proposera, encore et toujours, d'éviter la disparition finale! Car il n'y a nulle autre alternative à cette gravissime situation, sinon nous le saurions.

Dorénavant, il est impérieux de s'investir totalement dans cette perspective hors de laquelle il n'est pas de salut possible. Désormais, nous faisons une fois de plus appel à vous afin de nous soutenir par votre engagement à nos côtés dans ce

combat désespéré qui pourrait bien être le dernier et qu'avec détermination nous entendons mener aujourd'hui avec vous que nous saluons très amicalement et remercions bien chaleureusement.

Pierre-Maurice Vernay, président du DS Vaud, Remaufens

¹ Il y a officiellement 30% d'étrangers au 31 décembre 2011 dans le canton de Vaud et 70'000 personnes naturalisées environ, soit 40% de la population totale!

Libre circulation des personnes

Le Conseil fédéral oublie les frontaliers

La clause de sauvegarde ne va rien sauvegarder du tout à Genève!

Une fois de plus, Genève est oubliée par le Conseil fédéral. Une fois de plus, le problème des frontaliers n'est pas pris en compte. Une fois de plus nos intérêts ne sont pas pris au sérieux. Une fois de plus la nécessité d'un MCG fort s'impose.

En effet, le Conseil fédéral a activé, ce mercredi 18 avril, la clause de sauvegarde prévue dans l'accord sur la libre circulation des personnes. Mais cette mesure ne concerne en rien les frontaliers, qui représentent pourtant le vrai problème puisqu'aucune limite n'est actuellement posée. En effet les

quotas concerneront uniquement ceux qui veulent s'établir en Suisse et sont issus de certains pays de l'Union européenne.

Un leurre pour les Genevois!

Le Conseil fédéral est pris au piège de son incompétence. En effet, la réintroduction de quotas via la clause d'urgence est un leurre pour les Genevois. En effet, ces accords bilatéraux ne seront efficaces que s'il existe une limitation réelle et des quotas face à l'arrivée des frontaliers.

Il serait temps que la Berne fédérale se réveille et traite enfin les vrais problèmes des Genevois. Pour l'heure, on nous abuse avec cette

clause de sauvegarde, qui ne traite pas des vraies questions. Le Conseil fédéral a, une fois de plus, démontré qu'il est incompétent à régler nos relations avec les pays qui nous entourent.

C'est pourquoi le canton de Genève doit imposer une véritable politique de rupture.

Eric Stauffer, candidat au Conseil d'Etat, Onex

Des chiffres inquiétants

Plus de 11% de frontaliers en 2011: une hausse insupportable!

Nous le devons à l'incompétence du Conseil d'Etat genevois.

En 2011, le nombre de frontaliers a fortement augmenté: plus de 11%. C'est insupportable, d'autant plus que la progression a plus que doublé (+4,8% en 2010) l'année dernière, selon les chiffres de l'Office des statistiques publiés ce mois.

Fin 2011, 75'847 personnes étaient titulaires d'un permis frontalier dans le canton. C'est trop, beaucoup trop.

Cela révèle l'incompétence du Conseil d'Etat genevois, qui n'a rien fait sérieusement pour empêcher cet afflux, qui détruit le mar-

Suite en page 14

Plus de 11% de frontaliers en 2011...*Suite de page 13*

ché de l'emploi genevois. Quant à la clause de sauvegarde sur l'accord de libre circulation, elle ne va rien résoudre. En effet, les frontaliers ne sont pas concernés, ce qui démontre l'incompétence du Conseil fédéral et celle du Conseil

d'Etat genevois qui ne défend pas les intérêts de notre canton. Cela suffit. Nous ne pouvons plus tolérer que l'on prenne les résidents genevois pour quantité négligeable. Il faut enfin s'attaquer à l'afflux des frontaliers comme le réclame le MCG depuis des années.

Eric Stauffer, candidat au Conseil d'Etat, Onex

Laxisme du canton et de la Ville de Genève**Camps de Roms: fermons les dépotoirs!****Le MCG dépose une motion pour appliquer la loi sans faiblesse contre ces campements indignes.**

Les Genevois en ont ras-le-bol de l'impuissance de la Ville de Genève à régler le problème des campements hideux indignes d'un être humain où vivent les Roms dans des conditions inimaginables. Nous nous opposons à ce «tourisme de la misère», dirigé par des réseaux mafieux, qui exploitent des mendiants. Avec le printemps, nous voyons revenir ces dépotoirs dans des espaces naturels, qui sont pourtant protégés, par exemple le long de l'Arve.

Le conseiller administratif, qui devrait être en charge de la salubrité et de la sécurité, est incapable de faire son travail. Il laisse la situation pourrir, au détriment de la population genevoise, alors que les Roms deviennent de plus en plus agressifs.

Le MCG réclame, encore et toujours, plus de fermeté contre des dépotoirs indignes de Genève.

Eric Stauffer, candidat au Conseil d'Etat, Onex

Carlos Medeiros, président de la section Ville de Genève du MCG

Ville de Genève**Succès du référendum contre la fermeture des rues****Le référendum a dépassé largement les 4000 signatures, selon le groupement GTE. Le MCG se réjouit de ce succès auquel il a participé avec de nombreux groupements, partis et habitants de la Ville.**

Très certainement, les électeurs de la Ville de Genève pourront voter sur la fermeture «provisoire» de 50 rues pour un total de 5 millions de francs, donc 100'000 francs par rue, ce qui est délirant!

Le MCG, qui s'est battu au Conseil municipal de la Ville contre l'alliance contre nature entre le PDC et les Verts, se réjouit tout d'abord que les électeurs puissent enfin se prononcer sur ce sujet. Aujourd'hui, Genève souffre de rues bloquées et d'un système de circulation complètement absurde.

Ce référendum que nous avons soutenu était porté par un comité où se retrouvaient des associations, commerçants, habitants, Partis politiques comme le MCG, le PLR ou l'UDC. Le pilotage du référendum a été mené par le Groupement transport et économie (GTE), qui re-

groupe des associations concernées par la circulation.

Il se forme ainsi en Ville de Genève une large union pour le bien de notre ville et le MCG se réjouit d'en être l'un des moteurs. C'est ensemble que nous améliorerons la vie des Genevoises et des Genevois.

Les habitantes et habitants de notre Cité en ont assez des disputes qui ne sont plus d'actualité et en aucun cas productives.

Nous sommes pour une ville avec des aménagements intelligents en faveur des habitants, commerces, piétons, automobilistes, et deux-roues.

Certains veulent des rues fermées avec des dealers. Nous voulons des rues vivantes et agréables pour tous. C'est une première victoire pour la mobilité et la qualité de vie à Genève.

Carlos Medeiros, président de la section MCG-Ville de Genève
Pascal Spuhler, Chef du groupe MCG au Conseil municipal
Claude Jeanneret, président de la Fédération des mouvements citoyens de l'Arc alpin

Incendie à Champ-Dollon: plusieurs blessés graves

Champ-Dollon brûle: plusieurs détenus ont mis le feu à leurs cellules. On déplore plusieurs blessés graves à la prison. Champ-Dollon est au bord de l'explosion, due à la surpopulation, en raison de la mauvaise gestion du Gouvernement genevois.

L'Ordre des avocat demande aux gardiens de la prison d'arrêter leur mouvement de grève. Le MCG soutient pleinement ce mouvement de grève et le syndicat des gardiens. Il convient de mettre Isabel Rochat face à ses responsabilités et à son incompétence à gérer les problèmes de sécurité à Genève.

Les jeux sont faits. Rien ne va plus. Nous demandons au PLR d'intervenir afin qu'au minimum des roca-des aient lieu au sein du gouvernement ou, mieux encore, des élections partielles.

M. Vincent Spira, bâtonnier, dénonce la violation des droits de

l'hommes concernant les visites. Les avocats oublient de s'en prendre à l'incompétence du Gouvernement genevois qui donne lieu à la surpopulation carcérale et à des conditions inacceptables pour les gardiens.

Récemment le *New York Times* a montré du doigt Genève, en dénonçant la gestion catastrophique de Mme Rochat et du Gouvernement genevois, en matière de sécurité.

Force est de constater que la crise du logement s'accroît, que le chômage augmente, que l'insécurité règne, que le Gouvernement s'embourbe dans des histoires sordides, que le fonctionnement des institutions n'est plus assuré de manière efficiente. Que Genève perd du terrain chaque jour. Assez...

Eric Stauffer, président du MCG, Onex
François Baertschi, secrétaire général du MCG

Requérants d'asile**Le MCG demande la fermeture de tous les centres!**

Le MCG vient de déposer une résolution: «Fermons les centres de requérants d'asile en zone urbanisée». Nos abris de protection civile ne doivent pas servir d'hôtel.

Le MCG mettra tous les moyens à disposition pour fermer ces centres mal situés.

Nous subissons le diktat de Berne, qui nous impose des requérants d'asile. Nous devons installer ces centres dans des lieux adéquats, c'est-à-dire hors de lieux urbanisés. Le MCG vient de déposer aujourd'hui une résolution qui réclame la fermeture de tous les centres de requérants en zone urbaine et propose d'installer un centre dans la zone aéroportuaire. Pourquoi pas en bout de piste?

La pression qui est actuellement mise sur les communes est inacceptable. Parmi les habitants, la tension est énorme et le ras-le-bol prend de proportions inacceptables.

A Onex, le MCG a déjà dû taper du poing sur la table, face à une classe politique amorphe. En raison du centre de Loëx situé à proximité, l'insécurité a atteint un paroxysme à Onex.

Lancy ne veut pas de l'arrivée d'un centre problématique dans une zone habitée, ce qui va créer une importante dégradation. Nous sommes prêts à nous mobiliser



contre l'installation de ce centre, vecteur d'insécurité et de délinquance.

Ce qui s'est passé à Carouge est un exemple révélateur. Une femme a été importunée par un individu alcoolisé alors qu'elle était dans un terrain de jeu avec son enfant.

C'est la preuve que ces centres dangereux doivent être déplacés des zones urbanisées. Nous proposons d'installer un centre en zone aéroportuaire. Nous refusons le diktat qui est imposé aux habitants des communes genevoises.

Eric Stauffer, président du MCG, Onex
Roger Golay, vice-président du MCG, Lancy
Sandro Pistis, président de la section Carouge du MCG

Leserbriefe**Globallösung mit den USA?**

Bundesrätin Widmer-Schlumpf strebt im Steuerstreit mit den USA eine Globallösung an. Eine solche Globallösung würde heissen, die USA diktieren die Regeln und die Schweiz kuscht. Später ändern die USA die Regeln (immer zum Nachteil der Schweiz) und die Schweiz kuscht wieder. Bei Meinungsverschiedenheiten gilt selbstverständlich allein die Sichtweise der USA. Bundesrätin Widmer-Schlumpf – 2008 «Schweizerin des Jahres» – hat noch nicht erkannt, dass die horrenden Bussen aus Amerika für Schweizer Banken und Schweizer Firmen nur eine Etappe im gegenwärtigen Wirtschaftskrieg darstellen. Das eigentliche Ziel der USA ist, den Finanzplatz Schweiz als Konkurrent auszuschalten. Zwar praktizieren die Finanzplätze England (Kanalsinseln) Singapur oder Hongkong ein strikteres Bankgeheimnis als die Schweiz. Dort würden die USA aber auf Granit beissen, folglich steht nur die Schweiz im Visier. Die eigentlichen Gründe für diese Angriffe sind unsere Be-

reitschaft, anstandslos happige Bussen und Zahlungen zu leisten sowie ein willfähriger Bundesrat, der zugunsten der Amerikaner sogar eigenes Recht gebrochen hat. Was das Bankgeheimnis betrifft, hält sich die Schweiz an die Richtlinien der OECD. Wie aber verfährt Saubermann USA mit ausländischen Geldern? Die US-Staaten Delaware und Florida beispielsweise praktizieren ein strikteres Bankgeheimnis als die Schweiz. Dort kann jeder Non-Resident-Alien (nicht ansässiger Ausländer) sein Geld anlegen, ohne dass sein Heimatland je davon erfährt. Diesbezügliche Anfragen aus dem Ausland werden nämlich von den USA ganz einfach nicht beantwortet. Sind die hinterhältigen amerikanischen Angriffe auf unseren Finanzplatz deshalb nicht eine Unverschämtheit? Warum fordert unser Bundesrat die USA nicht ganz einfach auf, vor weiteren Attacken auf die Schweiz ihre eigenen Steueroasen trockenenzulegen?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Nicolas Blancho, Freund oder Feind der Schweizer Ordnung

Der «moderate» Präsident des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) predigt in der Arena vom 23. April 2010 (SF Tagesschau), dass die Anhänger und die ganze Organisation des IZRS die Schweizer Verfassung und Rechtsordnung respektieren. Auf der anderen Seite predigt er aber auch die Steinigung von Frauen, die der islamisch-koranischen Religion angehören. Dabei stelle ich folgende Frage: Weshalb verbieten der National- und Ständerat den IZRS nicht, wenn sein Präsident öffentlich und auch im Fernsehen die Schweizer

Verfassung verspottet? Dazu kommt seine klare Aussage (Zitat): «Drakonische Strafen gehören der Scharia und diese gehören dem islamischen Glauben an. Somit sind beide als Religionsfreiheiten anzusehen.»

In diesem Fall steht die Scharia klar im Widerspruch zum Gesetz und sollte somit strikt verboten werden.

Dieser Artikel soll der sachlichen Analyse der Tatsachen dienen und nicht zum Menschenhass aufhetzen.

Marco Giglio, Wimmis

Asylwesen nicht mehr im Griff

Immer mehr Ausländer strömen in unser Land. Warum wohl? Diese Leute wissen genau, was sie bei uns finden. Es geht ihnen gut und sie profitieren von unseren Leistungen (Schulunterricht, gute Sozialleistungen usw.) Das Schweizervolk zahlt ja dafür.

Wann endlich wird hier Klartext

geredet und auch gehandelt. Nur schöne Worte von Frau Bundesrätin Sommaruga nützen wenig, wenn keine konkreten Schritte unternommen werden.

Die Gemeinden und Bürger haben recht, wenn sie sich gegen weitere Asylunterkünfte wehren.

O. Vogt, Wetzikon

Unvollständiges Reglement!

Man will bei den Mitgliedern des SNB-Direktoriums offensichtlich grösste Überwachung durch die neu geschaffene «Compliance-Stelle» garantieren. Der clevere Banker wird jedoch seine privaten Währungstransaktionsgeschäfte nun einfach gestaffelt und somit ohne Meldepflicht tätigen (Die Katze lässt das Mäusen nicht!). Im neuen SNB-Reglement ist die Rede davon, es dürfen nur noch «unabhängige» Vermögensverwalter tätig sein. Doch dieser Begriff «unabhängig» ist allzu dehnbar; gute Bankierkollegen schützen sich gegenseitig und sind diskret! Gewinn aus dem Kunst- und Antiquitätenhandel werden nicht im Detail observiert bzw. erfasst. Auch ist es rechtlich und unserem schweizerischen freiheitlichen Empfinden her unzulässig, einem

SNB-Direktionsmitglied vorzuschreiben, es dürfe nur noch bei der eigenen SNB ein Konto führen (Genauso wenig kann man einem Filialleiter einer Migros verbieten, für sich privat bei Coop einzukaufen.).

Ich habe gelesen, dass ein SNB-Direktionsmitglied vor zirka 30 Jahren zwischen 100'000 und 200'000 Franken Jahreslohn bezog, heute rund das Zehnfache. Wenn man also ernsthaft etwas gegen Exzesse im obersten Kader der Schweizerischen Nationalbank tun möchte, so müssten zuerst deren Gehälter per Volksabstimmung auf ein rundum akzeptiertes Niveau gesenkt werden können, alles andere sind hilflose und auch **unwirksame Scheingefechte!**

Marcus Stoercklé jun., Basel

Subventionierte Landwirtschaft

Viele Landwirte beenden ihre Arbeit in der Schweiz. Auf die Bauern wird von vielen Richtungen gedrückt. Bald hat es keine mehr in der Schweiz, weil das Land verkaufen ein besseres Geschäft ist als das bauern. Auf die Milchpreise usw. wird gedrückt. Leider sind sich vie-

le Menschen nicht bewusst, dass wir fast keine Bodenschätze haben und die eigenen durch das erdrücken (zu viel fordern) der Bauern zubetonieren lassen. Lebensmittel im eigenen Land scheinen niemandem mehr wichtig zu sein!?

Esther Gassmann, Zürich

Störmanöver der Armeegegner

Wegen der Trainingsflüge der Armee über dem Speer mit Pilatus-Propellerfliegern gibt es Opposition von «Umweltverbänden», so der WWF. Man kann diese Institution auch als Mitläufer der Armeekritiker und Armeegegner bezeichnen. Meistens sind die Behauptungen fadenscheinig und die entsprechenden Personen wohnen nicht einmal in der Gegend!

Mich stören diese Flüge, die über meinem Kopf stattfinden, nicht! Im Gegenteil, seit dem Abbau der Armee wurden in unserer Gegend (zu)viele Arbeitsplätze abgebaut und es wurde viel zu ruhig. Diese Flieger könnten von mir aus auf dem benachbarten und leider geschlossenen Militärflugplatz stationiert werden. Dies würde wieder einige Arbeitsplätze generieren, nicht nur im fliegerischen Bereich. Auch im Touristikbereich gibt es doch genug Fliegerfans, die solches sehen wollen. Ich denke nur

an den Flugbetrieb in den früheren Militärflugplätzen.

Auch war das Gebiet um den Speer schon immer militärisches Fluggebiet. Auch wird in dieser Region schon Jahrzehnte mit Segelfliegern geflogen, diese werden auch mit Motorfliegern in die Höhe gezogen. Die Linken sprechen immer von Bildung. Mit dem Armeebudget wurden immer sehr viele Piloten ausgebildet. Die Fliegerausbildung der Armee ist also auch Bildung! Mit den Trainingsflügen über dem Speer besteht die Chance, dass wir noch Piloten ausbilden. Die Swiss benötigt dringend Piloten und übernimmt diese nach der Ausbildung sehr gerne. Sonst müssten wir noch mehr Einwanderer ins Land lassen. Es werden wegen dem Abbau der Luftwaffe sowieso zu wenig Piloten ausgebildet, aber dies merken gewisse Kreise nicht!

Fridolin Bühler, Weesen

Schützen wir die verfassungsmässige Gleichberechtigung von Mann und Frau! JA zum Burka-Verbot!

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz

Straftäter erstmals mehrheitlich Ausländer

Die Kriminalstatistik 2011 zeigt eindrücklich eine markante Zunahme der Straftaten (total 692'954; +5,5%). In einigen Schweizer Städten (z.B. Bern, Lausanne und Genf) explodiert die Zahl der begangenen Delikte förmlich. **Erstmals war eine Mehrheit der Täter, die gegen das Strafgesetzbuch verstossen, ausländischer Herkunft. Die Statistik zeigt insbesondere, dass immer mehr Asylbewerber kriminell werden und vermehrt Kriminaltouristen in unser Land kommen.** Vor dem Hintergrund dieser Zahlen verlangen wir Schweizer Demokraten (SD) endlich die Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative. Ebenso ist härter gegen kriminelle Asylbewerber vorzugehen und das gescheiterte Schengen-Abenteuer mit offenen Grenzen für alle Kriminellen unverzüglich abzubrechen.

1½ Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative hat der Bundesrat noch nicht einmal einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikels in die Vernehmlassung gegeben.

Für die SD ist dies inakzeptabel. Eine Mitverantwortung für die weitere Zunahme der Straftaten tragen neben dem Bundesrat auch die rot-grünen und bürgerlich-liberalen Parteien. So hat beispielsweise in der vergangenen Frühjahrssession eine Mehrheit aus Vertretern von SP, Grünen, CVP und FDP eine parlamentarische Initiative der SVP abgelehnt, welche Drogenhändler vom Asylverfahren ausschliessen wollte. Die neusten statistischen Zahlen zeigen demgegenüber, wie wichtig es wäre, endlich konsequent gegen kriminelle Asylbewerber vorzugehen.

Die Statistik macht aber auch deutlich, dass die Schweiz wegen der offenen und kaum kontrollierten Grenzen immer stärker von Kriminaltouristen überschwemmt wird. Der versprochene Sicherheitsgewinn durch den Beitritt zum Schengenraum wird immer mehr als glatte Lüge des Bundesrates und der Schengen-Befürworter entlarvt. Das desaströse Schengen-Abenteuer ist besser heute als erst morgen zu beenden.

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern die längst fällige Umsetzung der Ausschaffungsinitiative und die Kündigung des Abkommens von Schengen (Aufhebung der Personenkontrollen an den Landesgrenzen).

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Ausländerkriminalität stoppen – Grenzkontrollen wieder einführen!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind äusserst besorgt über die aktuelle Situation in den Bereichen Kriminalität und Sicherheit. Sie fordern deshalb eine dringend nötige Verschärfung des Strafrechts, indem Ausländer bei schweren Delikten nach Verbüßung der Strafe konsequent ausgeschafft werden können. Aufgrund der beunruhigenden kriminellen Aktivitäten von einreisenden Ausländern ist das Schengen-Abkommen auszusetzen und Grenzkontrollen wieder einzuführen.

Die jüngst veröffentlichte Kriminalstatistik des Bundes für das Jahr 2011 hat äusserst besorgniserregende Zahlen zutage gefördert. So

gehen 52 Prozent der kriminellen Taten auf das Konto von Ausländern. Davon entfallen 14 Prozent auf Kriminaltouristen und 4,4 Prozent auf Asylbewerber. In den Schweizer Gefängnissen liegt der Ausländeranteil bei über 70 Prozent. Diese erschreckenden Zahlen sind nicht nur die Folge der largen Ausländerpolitik der letzten beiden Jahrzehnte, sondern auch der offenen Grenzen, welche die Personenfreizügigkeit mit der EU und insbesondere der Schengen-Beitritt mit sich gebracht haben. Leider stemmt sich der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments gegen die dringend nötigen Verschärfungen des Strafrechts.

SD für Sicherheit...

Die SD bekräftigen, dass sich die Partei auch in Zukunft mit ganzer Kraft für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wird. Die Missstände sind beim Namen zu nennen.

Ausländische Straftäter sollen in Medienmitteilungen der Polizei realitätsbezogen mit ihrer Nationalität genannt werden.

...und gegen Schengen

Die Schweiz hat mit dem Schengenbeitritt die Kontrolle der Grenzübergänge aus der Hand gegeben. Die Behörden konnten bis-

lang keine messbaren Erfolge des Schengenbeitritts aufzeigen. Tatsache sind hingegen die katastrophalen Kriminalitätszahlen. Die Kosten von Schengen sind immens; die Tauglichkeit der Fahndungssysteme jedoch nicht bewiesen.

Wer jetzt die Zustände schönredet und sich gegen jegliche Verschärfung des Strafrechts und gegen die Ausschaffung krimineller Ausländer wehrt, macht sich mitverantwortlich für die herrschenden beschämenden Zustände.

Die SD fordern zudem die Aussetzung des Schengen-Beitritts und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
Bern

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Die Aktivierung der Ventilklausel ist gut – die Kündigung der Personenfreizügigkeit ist besser!